

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Donnerstag, den 9. Oktober 1924

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Die Antworten an den Reichskanzler.

Unversöhnlicher Gegensatz zwischen Deutschnationalen und Sozialdemokraten.

Von den fünf Parteien, die an dem grausamen Spiel um die Regierungserweiterung unmittelbar beteiligt sind...

So also lagen sie hinter dem Buch... Interessant sind die Antworten der Parteien der Mitte...

Es läßt sich also feststellen, daß die drei Parteien, die das gegenwärtige Kabinett stützen...

Der Gedanke der Demokraten, die Regierung Marx weiter bestehen zu lassen, wie sie ist...

Aber die Volkspartei drängt nach Beschleunigung. Sie kann den Bürgerblock schon gar nicht mehr erwarten!

Zugleich hat ihr Berliner Organ, die „Zeit“, die Kühnheit, abermals gegen die Sozialdemokratie den Vorwurf der „Krisenmacherei“ zu erheben...

Die Volkspartei war es, die mit den Deutschnationalen den schmutzigen Berliner Pakt abschloß...

Die Sozialdemokratische Partei hat diese Krise nicht gemacht, sie hat sich nicht zur Regierung gedrängt...

Jetzt hat man ihr ein sachliches Programm vorlegt und sie hat sachlich darauf geantwortet.

sich die deutschnationalen und die sozialdemokratische Antwort wie Wasser und Feuer von einander unterscheiden...

Das Zentrum hat jetzt, wenn die Volkspartei der Regierung Marx keine Schonzeit gewährt...

Neue Konferenz der Regierungsparteien.

Der Reichskanzler hat die Führer der Regierungsparteien, Volkspartei, Zentrum und Demokraten...

Die Antwort der Sozialdemokratie.

Republik! Achtstundentag! Hilfe den Enterbten der Gesellschaft!

Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hat das Ersuchen des Reichskanzlers...

An den Herrn Reichskanzler Dr. Marx, Berlin. Sehr verehrter Herr Reichskanzler!

Die uns heute morgen übermittelten Richtlinien über die von der Reichsregierung künftig zu führende Politik...

Unter voller Aufrechterhaltung unserer Bereitwilligkeit, im Rahmen des uns mündlich von dem Herrn Reichskanzler entwickelten Programms...

In dem Absatz 1 der Richtlinien, die vom Schutze der bestehenden Verfassung vom 11. August 1919 handeln...

In dem Absatz 2, der von der Außenpolitik handelt, scheint uns die juristische Formulierung des Kabinetts weniger präzise zu sein...

Ferner bemerken wir, daß uns der Wortlaut des deutschen Memorandums bisher nicht bekannt ist...

In der mündlichen Besprechung am 3. Oktober d. J. haben wir schon darauf hingewiesen...

Erklärung, die der Herr Reichsarbeitsminister nach seiner Berner Besprechung mit den Arbeitsministern Englands, Frankreichs und Belgiens abgegeben hat...

Zu den Absätzen 3, 4 und 5, die die Steuer-, Wirtschafts- und Handelspolitik betreffen...

Wir sind der Überzeugung, daß sich unsere Wünsche im Rahmen des Programms des Herrn Reichskanzlers durchaus erfüllen lassen...

Mit ausgezeichneter Hochachtung ergebnis Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion Hermann Müller-Franken, R. d. R. Berlin, 8. Oktober.

Diese Erklärung der Sozialdemokraten fordert ein praktisches „Christentum der Tat“.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat, wie schon aus dem vorstehenden Schreiben hervorgeht...

Die Deutschnationalen.

„Christlich“ im Geiste des Berliner Pakts.

Der Beschluß der Deutschnationalen wurde erst in späterer Abendstunde veröffentlicht. Er lautet:

Der Vorschlag des Herrn Reichskanzlers entspricht weder den bisherigen Forderungen der Deutschnationalen Volkspartei noch den uns gegebenen Zusicherungen...

1. Christliche Jugendberziehung und christliche Kultur als Grundlage des Staatlebens; 2. unter Ablehnung des die Volksgemeinschaft verneinenden Klassenkampfes...

3. Anerkennung und weitere amtliche Verfolgung der Regierungserklärung vom 29. August über die Reichsschuld Deutschlands am Kriege.

Die Deutschnationalen Fraktion billigt das bisherige Verhalten ihrer Unterhändler und ermächtigt sie...

Der Beschluß wurde, wie parteiamtlich gemeldet wird, gegen einige Stimmen...

Die Demokraten.

Am besten: Es bleibe, wie es ist!

Die demokratische Reichstagsfraktion trat am Mittwoch vormittag gemeinsam mit dem Vorstand der preussischen Landtagsfraktion zu einer Sitzung im Reichstag zusammen.

und die Richtlinien des Reichskanzlers Marx. Einmütig wurde nach eingehender Debatte folgende Entschliessung angenommen:

Die Fraktion der Deutschen Demokratischen Partei hält eine Veränderung der Regierung in der jetzigen politischen Lage nicht für erwünscht; die Lösung wichtiger Aufgaben, deren Bearbeitung von der Regierung eingeleitet ist und das Bedürfnis von Volk und Wirtschaft nach ruhiger Weiterentwicklung erfordern zurzeit die Vermeidung einer Regierungskrise. Sollte eine Veränderung der Zusammensetzung der Regierung durch die Haltung anderer Fraktionen sich nicht vermeiden lassen, dann würden wir gemäß dem Vorschlag des Kanzlers einer nach rechts und links erweiterten Regierung unsere Unterstützung nicht verweigern.

Die Demokraten treten heute nachmittag zu einer neuen Sitzung zusammen.

Die Volkspartei.

Nicht „Volksgemeinschaft“, sondern Bürgerbund, und zwar schleunigt!

Die Fraktionsführung der Deutschen Volkspartei war um 8 Uhr zu Ende. Die Fraktion hat folgende Entschliessung gefasst, die dem Reichskanzler übermittelt worden ist:

Der Standpunkt der Deutschen Volkspartei in der Frage der Regierungserweiterung ist bekannt. Er hat sich nicht geändert. Die Richtlinien der Reichsregierung erkennen die Fraktion als eine brauchbare Grundlage der Koalitionsverhandlungen an. Sie billigt einmütig das Verhalten ihrer Unterhändler und erfucht sie auf beschleunigte Lösung der Frage der Regierungserweiterung hinzuwirken.

Die Volkspartei hat am 25. September den Bürgerbund verlangt und erklärt, daß die Sozialdemokratie für eine Regierungserweiterung nicht in Betracht komme. Das ist ihr bekannter Standpunkt, der sich also nicht geändert hat.

Das Zentrum.

Das Zentrum, dessen Entschliessung wir schon gestern nachmittag veröffentlichten, hält heute vormittag eine neue Fraktionsführung ab.

Und das will regieren!

Deutschnationale politische Methoden.

Die Deutschnationalen führen die alten Schlagworte von der staatsbehaltenden Partei und der Ordnungspartei im Munde, wenn sie sich an die Regierung drängen. Der Staat, den sie erhalten wollen, ist nicht die Republik, die Ordnung, die sie meinen, nicht die Ordnung des demokratischen Systems, das allen Staatsbürgern die politische Gleichheit zugesichert und die darauf beruhenden Rechte schützt. In großen Dingen ist in den letzten Jahren oft genug hervorgetreten, wie es bei den Deutschnationalen um das staatsbehaltende Prinzip und um das Ordnungsprinzip bestellt ist — heute wird das illustriert durch einen kleinen Fall.

Die „Kreuz-Zeitung“, die ja die beiden Prinzipien gepachtet hat, bespricht die Potsdamer Vorgänge und polemisiert gegen den Genossen Löbe. Sie leistet sich dabei folgenden Satz:

„Was aber glaubt Herr Löbe wohl, was mit seiner Parteibude geschehen wäre, wenn kein Genosse Severing der roten Expedition nicht 800 Schupobeamte mitgegeben hätte!“

Zunächst: mit „seiner Parteibude“ meint sie das Potsdamer Gewerkschaftshaus, das trotz allen Stahlhelmsgebrülls immer noch steht. Dann aber: die „Kreuz-Zeitung“ gesteht ein, daß es Wille und Absicht von Stahlhelm und Werwolf, Absicht der Deutschnationalen von Potsdam war, das Gewerkschaftshaus von Potsdam zu zerstören und auszurauben — man kennt ja die Vorbilder dafür, und weiß auch, daß bei solchen Ausschreitungen die „nationalen“ Herrschaften regelmäßig mein und dein verwechseln.

Die Herren, für die die „Kreuz-Zeitung“ schreibt, halten solche Ausschreitungen für zulässige politische Methoden. Terrorisierung Andersdenkender, gewaltsame Zerstörung des Eigentums von Andersdenkenden, Verletzung der Befehle, die

das freie politische Leben wie die öffentliche Ordnung überhaupt sichern — ist das die „Ordnung, von der sie reden, ist das „staatsbehaltende“ Betätigung? Es ist jener Geist, der politische Unruhe mit politischer Gewisslosigkeit paart, der aus der „Kreuz-Zeitung“ spricht.

Und das will regieren! Das ist die Regierungspartei von morgen. Das ist die Partei, die in einer Regierung der Volksgemeinschaft gemeinschaftlich mit den Sozialdemokraten sitzen soll. Landfriedensbruch, Raub, Plünderung als erlaubte Methode gegen Sozialdemokraten — eine Regierung, die das nicht verhindert, sondern womöglich noch begünstigt, das sind ihre Ziele.

Baeckers Ende mit Schreden.

Gemahregelt!

Die Krise der Chefredakteure hat ein weiteres Opfer gefordert. Herr Maurenbrecher wurde gegangen. Es folgte Herr Spieß von der „Zeit“. Die „Kreuz-Zeitung“ hat ihr Verhältnis mit Herrn Hoehsch gelöst, an seiner Stelle schreibt ein Herr Gouverneur a. D. M. E. Schulz-Ewerth „augenpolitische Rück- und Ausblicke“. Nun hat es Herrn Baecker von der „Deutschen Tageszeitung“ ereilt. Herr Paul Baecker war einer der lautesten Rufer im Streite gegen das Dames-Gutachten. Seine Parole war: „Lieber ein Ende mit Schreden, als Schreden ohne Ende.“ Er war aber lieber für den „Schreden ohne Ende, als es zum Klappen kam, und fiel am 29. August auf die Seite der Fasager. Nun hat er das „Ende mit Schreden“ obenbrein, man hat ihn wegen seines Unfalls vom 29. August gemahregelt. In der „Deutschen Tageszeitung“ von gestern abend findet sich folgende Erklärung:

„Die andauernd wachsenden Ansprüche an den Inhalt der „Deutschen Tageszeitung“ und die Notwendigkeit einer ständigen Fühlungnahme mit den Parlamenten veranlassen uns, eine eigene parlamentarische Vertretung einzurichten, deren Leitung unser seitheriger Hauptschriftleiter Herr Paul Baecker, M. d. R. und M. d. L., übernehmen wird.“

Herr Baecker scheidet deshalb mit dem heutigen Tage aus der Hauptschriftleitung unserer „Deutschen Tageszeitung“ aus.

Deutsche Tageszeitung

Druckerei und Verlag Aktiengesellschaft

Kaufhausrat: Freiherr von Wangenheim, Vorsitzender.

Vorstand: Tschermak, Generaldirektor.

Das politische Motto der Mahregulung ist schlecht genug verfaßt. Herr Baecker wird an die Wand gedrückt, weil er am 29. August ja sagte. Die Mahregulung des Herrn Baecker während der durch die Volkspartei herbeigeführten Regierungskrise ist immerhin von einiger Bedeutung. Nicht gerade wegen der Person von Herrn Baecker, sondern weil sie zeigt, welchen Kurs die Deutschnationalen steuern wollen. Die führenden Zeitungen der Deutschnationalen Partei mahregeln die Politiker, die das Zustandekommen der Dames-Befehle ermöglicht haben. Daraus ist der Schluß zu ziehen, daß an der Durchführung der Dames-Befehle der Deutschnationalen Partei nichts liegt. Die Hoehsch und Baecker sollen ihr zur Regierung verhelfen, aber nicht, damit sie in der Regierung das Gegenteil tun könne. Das ist doch deutlich genug. Wozu dann das Versteckspiel der letzten Tage?

Der ostpreussische Skandal.

Untersuchung der Vorfälle an der Landesbank.

In Anknüpfung an die Meldungen über die standeslösen Vorfälle an der ostpreussischen Landesbank, in denen besonders Mitglieder der Deutschnationalen kompromittiert waren, hatte die sozialdemokratische Fraktion im Bundtag eine Anfrage eingebracht. Das preussische Innenministerium erteilt jetzt darauf folgende Antwort:

„Der Oberpräsident der Provinz Ostpreußen als zuständige Aufsichtsbehörde ist alsbald nach Veröffentlichung der Mi-

teilungen der Tagespresse über die Vorgänge bei der Landesbank der Provinz Ostpreußen angewiesen worden, eine Untersuchung einzuleiten und über das Ergebnis umgehend zu berichten. Ein vorläufiger Bericht des Oberpräsidenten liegt bereits vor, der jedoch noch nicht völlige Klarheit geschaffen hat. Zur restlosen Klärung der Angelegenheit ist nunmehr ein beamteter Bankfachmann beauftragt worden, eingehender Revision der Geschäftsführung der Bank nach Königsberg entsandt worden. Sobald der Revisionsbericht vorliegt, wird Entscheidung über etwaige weitere Maßnahmen getroffen werden.“

Der Personalabbau im Reich.

6764 Beamte, 2615 Angestellte, 3141 Arbeiter.

Eine Uebersicht über den Personalabbau im Reich in der Zeit vom 1. April bis zum 30. Juni 1924 gibt folgendes Bild:

Bei den Reichsbehörden, einschließlich der Betriebsverwaltungen (Reichspost, Reichsbahn, Reichsdruckerei), sind an planmäßigen Beamten 5654 entlassen worden. An außerplanmäßigen Beamten 1110, an Beamten im Vorbereitungsdiens 14; demgegenüber sind in demselben Zeitraum neu eingestellt worden 261 planmäßige Beamte, 101 außerplanmäßige Beamte, 10 Beamte im Vorbereitungsdiens.

Von den 5654 entlassenen planmäßigen Beamten entfallen: 23 auf Gehaltsgruppe I, 163 auf Gruppe II, 862 auf Gruppe III, 988 auf Gruppe IV, 1406 auf Gruppe V, 944 auf Gruppe VI, 499 auf Gruppe VII, 807 auf Gruppe VIII, 290 auf Gruppe IX, 143 auf Gruppe X, 56 auf Gruppe XI, 27 auf Gruppe XII, 13 auf Gruppe XIII. Ein Beamter auf Einzelgehälter Gruppe II, zwei Beamte auf Einzelgehälter Gruppe III. Bei den zur Entlassung gekommenen außerplanmäßigen Beamten entfällt die Mehrzahl von rund 1000 auf Gruppe III und IV. Bei den Neueinstellungen handelt es sich in der Mehrzahl (283 von 361 Beamten) um Gehaltsgruppe V.

Von den im Reichsdienst befindlichen Angestellten sind in demselben Zeitraum 2615 zur Entlassung gekommen und 610 neu eingestellt worden.

Von den 2615 entlassenen Angestellten befanden sich 369 in Vergütungsgruppe III, 646 in Gruppe IV, 684 in Gruppe V, 275 in Gruppe VI, 190 in Gruppe VII, 71 in Gruppe VIII, 39 in Gruppe IX, 76 in Gruppe X, 25 in Gruppe XI, 3 in Gruppe XII. Von den Neueinstellungen kommen hauptsächlich die Gruppen III und IV in Frage.

An Verwaltungs- und Betriebsarbeitern sind in demselben Zeitraum 3141 entlassen und 7192 neu eingestellt worden. Der Hauptteil der neu eingestellten Arbeiter entfällt nach der Berufsart mit 4663 Betriebsarbeitern auf das Reichsverkehrsministerium, und zwar auf die Abteilung für Wasserstraßen.

Der Zwist im völkischen Lager.

München, 8. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die Zermürbungen im Frontkriegerbund sind nun soweit gediehen, daß der 1. Vorsitzende Altkrieger Strafantrag und Privatklage wegen Beleidigung gegen seine ehemaligen Freunde, die den Frontkriegerbund 1919, Stammuerein, gebildet haben, angehängt hat. Die Gründe, warum der bayerische Wermolt aus dem Frontkriegerbund ausgetreten ist, liegen nach einer Erklärung des Bundesleiters in Forderungen Altkriegers, daß jeder Angehörige des Wermolt Nationalsozialist sein müsse, daß der Wermolt Sozialismus ausüben und daß die Wermoltorganisation provozierend auf die Straße gehen müsse.

München, 8. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) In einer am Dienstagabend im Hofbräuhaus abgehaltenen Sektionsversammlung der „Großdeutschen Volksgemeinschaft“ wurden die Gegensätze zwischen dem Vorsitzenden und Referenten Effer und dem nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Jacob, der eine Schär Anhängler mitgebracht hatte, derart handgreiflich ausgetragen, daß die Polizei eingreifen und das Lokal räumen mußte.

Lieder des Grams.

Konzertumschau von Kurt Singer.

Furtwängler, der Große und Einzige, hat nunmehr die Saison eröffnet. Er mochte aus Mittag Freier, da er das Programm dem verstorbenen Meister Busoni widmete. Heute muß dieser Dank für die Feier genossen. Ein lebender Komponist tief auf den Pian, Arnold Schönberg. Der fünfzigjährige ist nach wie vor das geistige Zentrum aller modernen Musikbewegung. Um sein Werk sammelt sich eine Schar Bewunderer, ja solcher, die um jeden Preis von seiner Musik erhoben sein wollen. Es mislingt dieses Mal zur Hälfte. Erna von Hoehsch, wohl zu ganz anderer Kunst geboren, singt mit bester Treffsicherheit der Töne, doch auch mit Anbrunst in der schönen, dunkel timbrierten Sopranstimme, 15 Wieder aus dem „Buch der hängenden Gärten“ nach Kühlen, in leiteter Ausgeglichenheit der Sprache dahingleitenden Versen Stefan Georges. Das ist, trotz vieler unwidriger hochgehender, Agrif, die unser Herz angeht. Doch in der Musik ist von Gefühls kein Hauch, selbst die leidenschaftlich Schönbergs hingegabenen unterliegen dem Zauber nicht, der formlos Unstimmliches im sinnlichen Spiel herbeigebilligt. Zerstückelt, zerrieben, aneinander gestochen die Rhythmen, manngelöst, ungelöst, willkürlich die Tonfolgen. Oder doch nicht willkürlich? Schönbergs ist zu ehrlich, um billige Effekte zu erzielen; er wäre wohl auch zu ehrlich, auf Effekte, wenn sie nur, zu verzichten. Er bleibt immer er selbst, auch wenn es ihn den Erfolg kostet. Unter 15 Liedern fallen höchstens drei als künstlerische Befehle auf, befehl statt befrucht, und — merkwürdig: Da gibt die Stimme allein sprachlich gehobenen Ausdruck, und das Klavier schweigt oder stimmt die Seiten zu schwacher, lustiger Begleitung. Warum überhaupt Begleitung, wo die Harmonien nur ergrübelt, hinzugebietet werden müssen? Das Herz bleibt stumm. Hören wir das Werk zum zweiten oder dritten Mal? Heinz Jolles spielte zum erstenmal Schönbergs Klavierstücke op. 23. Auch hier eine Bewußtheit, eine Selbstbewußtheit und fähige Befonnenheit, ein affektisches, Idenbor nicht mehr gefaltetes, sondern frei in der Luft schwebendes Improvisieren. Rühler Geist weht durch den Saal. Erst die Klänge des Quartetts op. 10 (mit der „Blase“ und „Entrückung“) bringen strahlende Wärme mit. Das Roth-Quartett (Roth, Stromfeld, Spitz, Franke) meistert das Werk meisterhaft; es ist ein Zufall in Freude.

Heinz Jolles leitet nunmehr die Konzerte der „Gesellschaft für Musikfreunde“. Die Programme geben mit ihnen modernen und älteren Erstausführungen einen schönen Vorgesmack. Es wäre dem Dirigenten, der sich in 6 Jahren Berliner Wirksamkeit freigespielt und einen glänzenden Namen dazu gewonnen hat, zu gähnen, wenn die neugegründete Institution stabil bliebe. Er ist ganz der Mann, um in einer gesellschaftlich betonten Musikerveranstaltung die Menschen aus der Bequemlichkeit zur Heiligkeit aufzuwecken. Mahlers II. Sinfonie ist ein altes Demonstrationsstück Ungers. Davon sagte er einen Psalm von Ernest Bloch. Auch das war ein Stück Mahlerscher Musik (aus dem „Lied von der Erde“ etwa) mit vollem, reichem und charakteristischem Orchester, innerlich zugleich zerrissen und gehalten von stürzenden Tönen. Eine Klage in leuchtenden Stolen und ein feierlicher Preis, abgestimmt auf jüdisches

Fühlen oder vielleicht aus ihm heraus geboren. Ein dankbares Mitspiel wird im Munde der Cahier zum Gebet der Tausende, und das hastet länger als das ganze Drum und Dran, das bei aller Feinfühligkeit doch ein Werk aus zweiter Hand ist.

Arnold Ebel kam in den Abendmusikern von Grottrian-Sleinweg mit nicht weniger als 20 Liedern und 2 langen Balladen auf Wort. So stand er sich selbst im Weg; denn seine kompositorische Begabung ist nicht schillernd, nicht bunt genug, um von innen her so viel Dichtung musikalisch zu erfüllen. Ebel ist ein Norddeutscher, ein klarer und gerader Kopf, also dem modernen Unfug genau so abhold wie dem alten Verisimil. Während die Musik zu zwei Mißgeschick Balladen nur schwerfälliger Ballast der Nachzeichnung blieb, sang in den Holz-Liedern Können, Intuition, gefühlende Kraft durch. Nicht nur im Komponieren, auch im Ausmerzen soll sich das Können zeigen. Roland Hell, der stolze Tenor, und Maria Ebel-Wilde, die edle Sopranistin, verhalten dem Ebel'schen Werk zu Erfolg. Margarete Sittig ist eine sehr tüchtige, bildungsfähige Geigerin. Ihr großer, breitgezogener Ton, die Ehrlichkeit und Sauberkeit der Griffe seien besonders gerühmt; doch fehlt vorläufig noch jedes Persönliche, jedes menschlich Große oder Bezingende. Marie Basca tritt sehr anspruchsvoll mit einem Kranz schwieriger Wolf-Lieder auf den Pian. Ranges gelingt vorzüglich, meist das kleinere lyrische Genre, während in pastoren und hymnischen Gesängen („Morgenstimmung“, „Aescharen“) ein Ausgleich zwischen Mensch und Technik noch nicht getroffen ist. Die an sich schöne Stimme hat Aussicht, Trägerin reifer Empfindungen zu werden.

Friedenssehnsucht!

Es gibt wohl kaum einen Menschen, in dem nicht Friedenssehnsucht lebt. Nur mit dem Unterschiede, daß dieses elementar-eitliche Empfinden bei einem mehr, bei anderen weniger stark entwickelt ist.

„Der Mensch ist gut“

sagt Leonhard Frank in seinem gleichnamig betitelten Buche. Ja — der Mensch ist gut — wenn er in einer Gesellschaft leben kann, die ihn nicht zwingt, schlecht zu sein.

Da lebt nun aber der Mensch seit kaum erdlichen Zeiten in einer Welt, die erfüllt ist von Egoismus und Rücksichtslosigkeit, gequält und genährt von der sich nun bald bis zur höchsten Blüte entwickelnden privatrechtlichen Wirtschaft. Sie hat denn auch diese erschöpfende feierlose Zeit über uns gebracht. Auch hat sie verstanden, alles Bestehende direkt oder indirekt für sich dienstbar zu machen. Nur das Bedeutsamste sei herausgegriffen, z. B. Schule, Kirche, Zeitung und sogar die Kunst. Und, so Ideologisch beeinflusst, ist die Menschheit ein willkürliches Werkzeug im Dienste dieser unbedingt unzustellenden Wirtschaft geworden. Dennoch hat sie es aber nicht vermerkt, das Gute und somit auch die Friedenssehnsucht im Menschen gänzlich zu erlösen. Dieses Fränkchen stimmt unausdrücklich weiter und wird sich demoleinst zur Flamme entfachen. Schon heute ist die Friedenssehnsucht stärker, denn je zuvor. Und wer die Hunderttausende am 11. August 1924 im Berliner Lustgarten hat aufmarschieren sehen, die doch im Grunde

von nichts anderem, als von dem einen Gedanken „Frieden“ erfüllt sind, der ist befeuert von neuer Hoffnung an das einstmal's ersehnte friedliebende Geschlecht.

Dieses Ziel der Sehnsucht zu verwirklichen, ist an erster Stelle das weibliche Geschlecht berufen, das von Natur aus glückbringender Innigkeit in sich birgt. Ein nicht zu überbietender kostbarer Schatz! Wehe dir, Tod und Verderben bringender Krieg, du wirst ihn uns nie entreißen!

In den Zeiten des Krieges ist es gerade das weibliche Geschlecht, das von Angst und Sorge um das Schicksal der Lieben gepeinigt, die schwersten seelischen Qualen zu erleiden hat. Soll das immer so bleiben? Nein! Nie und nimmermehr wollen wir Tränen vergießen über ein Weib, das zum großen Teil durch uns abgewendet werden kann.

Aber — erst dann, wenn alle Frauen, die ihre Größe und Stärke noch nicht voll erkannt haben, das durch sie zum Leben kommende junge Geschlecht bewußt mit Friedenssehnsucht erfüllen, wird der Frieden nicht mehr Sehnsucht, sondern Wirklichkeit sein und bleiben.

Die Münchener Telephonoper. Am 1. Oktober erfolgte in München die erste drahttelefonische Uebersetzung der dortigen Oper „Aida“, die gelieferte Partitur vor sich liegend, im eigenen Heim ab, und dieser erste Abend soll einen vollen Erfolg gebracht haben. Obgleich noch verschiedene Mängel festgestellt werden mußten, so z. B. eine auffallende Schwäche in der Tonfülle der Orgel und das allzu starke Hervortreten des Schlagzeuges, soll doch die Gesamtwirkung, insbesondere die Reinheit der Musikübertragung, den Uebersetzungen durch den Rundfunk weit überlegen sein. Diese Tatsache ist an sich gar nicht weiter verwunderlich, denn die bei der Telephonoper geübte Umformung wird bei der Radioübertragung lediglich erst als Vorarbeit angesehen. Das Arbeitsprodukt, das die Telephonoper als Fertigfabrikat ihren Teilnehmern liefert, wird bei der Radioübertragung dem Sender zugeführt, und hier beginnt erst die eigentliche Umformung in elektrische Wellen, die dann beim Empfänger wiederum in Schallwellen zurückgeformt werden. Trotz dieser vielen Umwandlungen, die die Schallwellen hier durchzumachen haben, ist der Arbeitsvorgang heute bereits so verfeinert, daß auch in München niemand mehr einen merklichen Unterschied in der Güte der Telephon- und Radioübertragung wird feststellen können. Für den Münchener Rundfunk ist es sehr erfreulich, daß die Drahtoper in so hervorragender Güte geliefert ist, denn beides liegt in einer Hand, dem Reichspostministerium in München, und so wird es also bald so weit gediehen sein, daß der Münchener Rundfunk durch die Münchener Telephonoper gesteuert wird, und so auch wir in den anderen Gauen Deutschlands in den Genuß der Münchener Opernaufführungen gesetzt werden.

Tauschstelle für wissenschaftliche Literatur. Um über die Möglichkeit der Fortführung und des Ausbaus der in den Räumen der Staatsbibliothek Berlin untergebrachten „Tauschstelle für wissenschaftliche Literatur“ bindende Entschlüsse zu fassen, werden alle Gutachteninhaber zu einer Versammlung in den Räumen der Tauschstelle am Sonntag, den 11. Oktober um 5 Uhr eingeladen. Zutritt legitimiert.

Nach Geisler Wulle.

Beleidigungsklage gegen Wulle — Wulle erscheint nicht.

Reichstagsabgeordneter Wulle hatte im Juli vorigen Jahres unter der Ueberschrift: „Wie Herr Seering für seine Beamtenschaft sorgen“ einen Artikel veröffentlicht, in dem behauptet wurde, Minister Seering habe den Polizeibeamten die Verfolgung gänzlich unvorzähliger Willkür zugemutet, was sich schwer mit deren Gewissen vereinbaren lasse. Weiter habe er mindestens 100 Polizeibeamte obwohl sie sogar teilweise auf der Kusleiferungsliste standen, unter Androhung eines Disziplinarverfahrens im Fall der Weigerung ins besetzte Gebiet abkommandiert, wo sie sofort von den Franzosen ins Gefängnis geworfen worden seien.

Minister Seering hatte darauf gegen Wulle und den verantwortlichen Redakteur Weberstaedt Beleidigungsklage erhoben. Zu dem vom Schöffengericht Tempelhof auf Dienstag angeetzten Termin war Wulle mit der Berufung auf seine Eigenschaft als Reichstagsabgeordneter nicht erschienen. Der Angeklagte Weberstaedt erklärte, den Wahrheitsbeweis nicht antreten zu können, da Wulle die schriftlich verprochene Namhaftmachung von Zeugen bisher unterlassen habe. Er beantragte Vertagung zur Vorbereitung eines eigenen Wahrheitsbeweises.

Der Erste Staatsanwalt Binder beantragte darauf, zu dem neuen Termin die zwangsweise Vorführung Wulles wegen unentschuldigter Ausbleibens zu beschließen. Nach der Verlesung wurde eine Beschränkung der Freiheit eines Abgeordneten nicht erfolgen. Diese Beschränkung sei aber so auszulegen, daß die Vorführung nicht ausgeführt werden dürfe, wohl aber könne ein Vorführungsbeschluß ergehen; wenn dieser erfolgt sei, dann könne das Gericht die Ausführung des Beschlusses beim Reichstag beantragen. Das Gericht vertagte die Verhandlung, lehnte aber die Zwangsvoorführung mit der Begründung ab, das Schreiben Wulles sei als eine Entschuldigung (!) aufzufassen und die Frage der Zwangsvoorführung könne erst erörtert werden, wenn Wulle der nächsten Ladung nicht Folge leistet.

Der Beschluß des Schöffengerichts bedeutet eine völlig ungerechtfertigte Verschleppung der Beleidigungsklage. Wulle holte in seinem Vergleichsreiben zu dem inkriminierten Artikel dem verantwortlichen Redakteur Weberstaedt versprochen, ihm im Falle von Weiterungen mit Material zur Seite zu stehen und die Verantwortung zu tragen. Doch Wulle sein Versprechen nicht hält, ist echt deutschpöcklich und das persönliche Vech Weberstaedts. Er hatte als Mitangeklagter mindestens die Pflicht, sich rechtzeitig um das für den Wahrheitsbeweis nötige Material zu kümmern. Daß er und sein Rechtsbeistand mit leeren Händen vor das Gericht traten, läßt darauf schließen, daß es mit dem Beweismaterial in diesem Fall ebenso bestellt ist, wie bei anderen völkisch-deutschen nationalen Verleumdungen auch: es ist nicht vorhanden. Im Interesse des Staates und des beleidigten Ministers liegt es aber, die Klarstellung möglichst bald herbeizuführen. Da Wulle es nicht nur verweigert hat, selbst zu erscheinen, sondern auch das versprochene Beweismaterial nicht erbracht werden konnte, war die von der Staatsanwaltschaft beantragte Zwangsvoorführung das gegebene Mittel, um zum Ziele zu gelangen. Indem sich das Gericht aus durchsichtigen Gründen widersetzt und es überhaupt ablehnt, diese Frage zu klären, hat es zwar im Interesse des Angeklagten, nicht aber im Interesse der Sache und des Staates gehandelt. Man muß sich fragen, ob das Gericht zu derselben Entscheidung gekommen wäre, wenn es sich um eine kommunistische Verleumdungsgeschichte gehandelt hätte.

Spieß' Nachfolger. Wie die „Telegraphen-Union“ erfährt, wird an Stelle des zurückgetretenen Chefredakteurs Edward Spieß der bisherige politische Redakteur des „Hannoverschen Anzeiger“, Dr. Heinz Goldammer, die Leitung der „Zeit“ übernehmen.

Der Magistrat von Dortmund hat beschlossen, dem Preussischen Staatsministerium in Berlin für die Neuwahlen der Stadtverordnetenversammlung den 7. Dezember d. J. vorzuschlagen.

Künstliches Petroleum. Auf dem gegenwärtig in Paris tagenden Kongress der Chemiker, der sich die Herstellung künstlichen Betriebsstoffes für Verbrennungsmotoren aus mineralischen und pflanzlichen, in Frankreich vorkommenden Bestandteilen zur Aufgabe gestellt hat, konnte der Louvrouer Professor Raible Ergebnisse erfolgreicher Versuche vorlegen, zu denen er halb zufällig durch seine Untersuchungen katalytischer Zerlegungen gelangt ist. Seine ersten Erfolge erzielte er mit Zinn- und stannolischen Kupfer in Verbindung mit Aluminium als Katalysator. In jüngster Zeit macht er Versuche mit Zinnfluorid. Es gelang ihm durch die Verwendung von Chlor-magnesium als Katalysator 68 Proz. künstliches Petroleum aus einer Mischung von Säuren zu ziehen die aus Zinn- und Erdnußöl gewonnen waren. Aus diesem Petroleum konnten sowohl Motor-spirit und Benzin wie auch schwere und dickflüssige Öle mit Hilfe eines ganz einfachen Verfahrens hergestellt werden. Auf die gleiche Weise ist es Professor Raible auch gelungen, synthetisches Petroleum aus Bienenwachs und Chlorophyll zu gewinnen, dessen Erzeugung als Nebenprodukt sich bei den Industrien sehr vorteilhaft gestalten dürfte, wie die Papier- oder Kunstseidenfabrikation Zellulose und andere Holzprodukte verarbeiten.

Die Neugefaltung der Lehrerbildung. Das Preussische Staatsministerium hat in seiner Sitzung vom 7. Oktober über die künftige Gestaltung der Lehrerbildung Beschluß gefaßt. Nach diesem für die Einmündigung unseres Schulwesens grundlegenden wichtigen Beschluß erhalten die Volksschullehrer und -lehrerinnen künftig ihre allgemeine wissenschaftliche Ausbildung auf den höheren Lehrauskulten. Der Eintritt in die pädagogische Ausbildung steht künftig die Ablegung einer Reifeprüfung an einer neunstufigen höheren Lehranstalt oder einer Aufbauschule voraus; über die Gestaltung der pädagogischen Ausbildung im einzelnen, die nicht auf der Universität erfolgen wird und zweijährig gedacht ist, wird das Staatsministerium in nächster Zeit weiteren Beschluß fassen.

Erblindungen in Amerika. Aus einer Statistik über Erblindungen in Amerika erkennen wir, daß die Zahl der jährlich Erblindenden bedeutend größer ist, als man glaubt. 4486 Personen haben in den letzten zwölf Monaten in den Vereinigten Staaten ihr Augenlicht verloren. Die Mehrzahl sind Männer und Knaben, denn nur 15 Proz. Frauen und Mädchen gehören zu diesen Unglücklichen. Die Ursachen sind der verschiedensten Art. Der hohe Prozentsatz der Kinder, 25 Proz., ist größtenteils auf Unfälle beim Spiel zurückzuführen. Autounfälle forderten 381 Opfer. Epilepsien oder Verletzungen durch Feuerwaffen sind bei 202 Personen die Ursache. Unfälle in industriellen Betrieben bilden die größte Gruppe. Beim Baseballspiel verloren 63 Personen, beim Golfball 17 Personen ihr Augenlicht. Verletzungen im kindlichen Spiel verletzten 27 Personen durch Schläubermühle und 24 Personen durch Pfeilschuß so ernstlich, daß Blindheit eintrat.

Das Latium am Realgymnasium. Der preussische Kultusminister hat sich entschieden, am Realgymnasium das Latinische auch in Zukunft bis zur Reifeprüfung als Pflichtfach fortzuführen.

Bühnenbrand. Gustav Rickert wurde für die Rolle des „Dufour“ in der Komödie „Bogran reißt nach Paris“ an das Theater am Kurfürstendamm verpflichtet.

Auflösung oder Regierungssturz?

Die Entscheidungsdebatte im englischen Unterhaus.

London, 8. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Heute Mittwochnachmittags trat das Unterhaus zu der mit der größten Spannung erwarteten Sitzung, die über das Schicksal der Arbeiterregierung entscheiden soll, zusammen. Den kritischen Punkt bildete der Antrag der Konservativen, dem Attorney-General (dem höchsten richterlichen Beamten, der bei jedem Kabinettswechsel neu ernannt wird) einen Tadel auszusprechen, weil er die Strafverfolgung gegen den kommunistischen Redakteur Campbell aufgehoben hat. Campbell hat vor einiger Zeit erklärt, daß die Aufhebung der Strafverfolgung auf politischen Druck hin erfolgt sei. Die Konservativen nehmen an, daß der Attorney-General zur Aufhebung der Strafverfolgung von der Arbeiterregierung veranlaßt wurde. Zu dem konservativen Tadelantrag haben die Liberalen einen Zusatzantrag gestellt, der eine Untersuchung dieses Vorgangs durch einen besonderen Parlamentsausschuß verlangt. Macdonald hat für den Fall der Annahme auch nur eines dieser Anträge angekündigt, daß er dem König die Auflösung des Unterhauses und die Ausschreibung von Neuwahlen vorschlagen werde.

Die Sitzung nahm folgenden Verlauf: Vor vollbelegtem Hause begründete der frühere Schatzminister

Sir Robert Horne

den Antrag der Unionisten. Er erklärte, wenn die Ausführung der Befehle erst der politischen Zweckmäßigkeit untergeordnet werde, würde die Gerechtigkeit überhaupt verschwinden. Der Attorney-General sollte völlig frei von politischen Einflüssen sein, wenn er sich seine Ansicht bilde. Kein größerer Schlag könnte gegen die britische Zivilisation geführt werden als der, daß der oberste Gerichtshof für Parteilichkeiten benutzt werde, und der Vorwurf gegen die Regierung sei eben der, daß sie derartige Dinge getan habe. Horne fuhr dann fort, die Haltung des Attorney-Generals während der letzten Session zu kritisieren. Der Attorney-General habe erklärt, daß eine Beratung mit dem Staatsanwalt stattgefunden habe, bevor der letztere in der Sitzung des Gerichtshofs angekündigt, daß die Anklage infolge gewisser Vorstellungen fallengelassen worden sei. Horne rief Sensation hervor durch die Erklärung, daß zwischen dem Staatsanwalt und dem Attorney-General eingehende Besprechungen stattgefunden hätten und daß die vor dem Gerichtshof abgegebene Erklärung mit voller Kenntnis von Hofings erfolgt sei.

Der Attorney-General verteidigte die Aufhebung der Strafverfolgung gegen Campbell. Er sagte, die Strafverfolgung war unbedachtam von der ersten Instanz eingeleitet worden. Er habe sie aufgehoben, als er von Abgeordneten der Arbeiterpartei informiert wurde, daß Campbell im Kriege die Beine weggeschossen worden sind, daß er die Militär-Meritmedaille erworben habe und daß er nur vorübergehend kommunistischer Redakteur gewesen ist. Unter diesen Umständen sei er sich klar geworden, daß die Strafverfolgung mehr Leid als Gutes schaffen würde. Dem Premierminister sei am 6. August gesagt worden, daß Campbell vor Gericht erscheinen müsse. Da sprach Macdonald die Meinung aus, daß dieser Prozeß nicht durchzuführen werden sollte. Macdonald bestritt, daß er in der Frage der Aufhebung der Strafverfolgung auf Räte gezogen worden ist. Formell, wenn er den Begriff Rat in seinem technischen Sinne meinte, war er natürlich berechtigt, das zu sagen. Man wisse ihm jedoch vor, daß er damit den Glauben erwecken wolle, als habe er von der ganzen Angelegenheit nichts erfahren.

Nach Robert Horne erhob sich der Attorney-General

Sir Patrick Hastings

der von den Arbeiterabgeordneten mit lautem Beifall empfangen wurde. Er gab dem Hause im einzelnen Aufklärung über jede Person, die mit diesem Fall von Anfang an bis zum Ende in Verbindung gestanden hat. Er sagte, wenn er morgen daselbst zu tun hätte, was er getan hat, würde er ganz genau so verfahren. Er glaube

nicht, daß es im ganzen Lande einen Anwalt gebe, der nach Kenntnisnahme aller Umstände anders gehandelt hätte, als er selbst. Als er das erstmal von dem aufrührerischen Artikel durch den Staatsanwalt gehört habe, wobei der Name Campbell noch nicht erwähnt wurde, habe er den Staatsanwalt angewiesen, zu untersuchen, von wem der Artikel stamme, und den Prozeß einzuleiten, sobald dies genügend erforscht sei. Als er hörte, daß Campbell verhaftet ist, habe er sich selbst um die weitere Untersuchung gekümmert. Er habe sich überzeugt, daß Campbell im Kriege, den er von Anfang bis zu Ende mitmachte, beide Beine verloren habe. Sollte man mit dem ganzen Gewicht der Regierungsauctorität einen Prozeß gegen einen Mann durchführen, der als Kriegskrieger ohne Beine auf die Antiklopant humpelt? Der Attorney-General vertas eine Erklärung der höchsten Strafvollzugsbeamten, mit denen er über den Fall konferiert hat. Die Erklärung bezweifelt, daß Campbells Artikel eine Aufreizung zur Meuterei der Soldaten sei und sagt, daß die Strafverfolgung lediglich der kommunistischen Agitation dienen würde. Zu dieser Besprechung sei dann Macdonald gekommen und habe geäußert, daß die Strafverfolgung von Anfang an eine bedeutliche Maßnahme gewesen sei. Der Attorney-General fragte am Schluß das Haus, was er denn nach dieser Lage der Dinge für ein Unrecht annehme.

Den Zusatzantrag der Liberalen begründete

Sir John Simon

Der Antrag sagt, daß der ständige Ausschuß des Unterhauses mit der Untersuchung der Angelegenheit beauftragt werden soll. Simon führte aus, daß die ernsteste Frage wäre, in welchem Umfang Minister für die Affäre verantwortlich seien. Die Aufhebung der Einflüsse, die die Vorgesetzten des Attorney-Generals ausgeübt haben, sei notwendig. Wertwürdig sei, daß der Premierminister in einer Zeit der Ueberlastung mit großen Angelegenheiten sich dieser Frage besonders angenommen habe. Er unterstellte, daß die Strafverfolgung eingestellt worden sei, weil die Anhänger des Premierministers dagegen Front gemacht hätten.

Macdonald

erklärte, daß die Annahme des konservativen oder liberalen Antrages das Ende sei. Die Regierung würde dann zurücktreten. Sie habe viel für die Ehre des Landes und seine soziale Stabilität getan. Wenn das Land Gelegenheit bekomme, sein Urteil über die Regierung zu fällen, würde diese erneut ins Amt kommen.

London, 8. Oktober. (W.B.) Vor der Debatte entschuldigte sich Macdonald wegen seines Dementis in der letzten Woche, daß der Fall des „Workers Weekly“ von dem Kabinett besprochen worden wäre. Er sagte, er hätte in der Hitze der Debatte vergessen, daß die Frage offiziell besprochen worden wäre, diese Besprechung habe sich aber nicht um persönliche Erwägungen gedreht.

Keine sofortige Entscheidung!

London, 8. Oktober. (E.P.) Der politische Redakteur des „Star“ erklärte, in letzter Stunde aus guter Quelle erfahren zu haben, daß, wenn das Kabinett heute Abend gestürzt werde, so werde Macdonald keine Demission dem König nicht übergeben, bis das Oberhaus in dritter Lesung die irische Bill angenommen habe und wenn die Vorlage abgelehnt werde, so würde Macdonald seine Demission einreichen, da er der Ansicht wäre, die irische Frage, der Dames-Antrag und der Sowjet-Vertrag würden zusammen eine genügende Plattform darstellen, um Neuwahlen vorzunehmen zu können. Clynnes erklärte einem Redakteur des „Star“, er befürchte, daß sich heute Abend etwas ereignen, das niemand wünsche und alle bedauern werden.

Frankreich und die Anleihe.

Beteiligung gesichert.

Paris, 8. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Ueber die Beteiligung Frankreichs an der Dames-Anleihe sind eine Reihe sich widersprechender Nachrichten verbreitet worden. Nach unseren Erkundigungen ist der Stand der Angelegenheit augenblicklich folgender: Die Beteiligung der französischen Finanz an der Anleihe in Höhe von 3 Millionen Pfund Sterling ist im Verlaufe der Besprechungen, die am Dienstag zwischen der Regierung und den Vertretern der namhaftesten Geldinstitute stattfanden, endgültig sichergestellt worden. Gemisse Differenzen bestehen nur noch hinsichtlich der Währung, in der die in Frankreich zu placierenden Schuldtitel ausgestellt werden sollen, und hinsichtlich der von den einzelnen Ländern zu übernehmenden Anteile. Der Zweck dieser Maßnahme ist offenbar der, daß die Zeichner in den europäischen Ländern sich früher oder später ihrer Anleihebestände zu entledigen suchen und diese dann in größerem Maße den beiden größten internationalen Geldplätzen zustehen. Die am Donnerstag in London beginnenden Verhandlungen zwischen den englischen, amerikanischen, französischen und deutschen Banken gelten vor allem der Regelung dieser Frage. Gegen die Ausgabe des für Frankreich bestimmten Anteils in englischer Währung scheint von französischer Seite prinzipieller Widerspruch erhoben zu werden, doch machen die französischen Banken die endgültige Zustimmung dazu von einer Reihe von Konzessionen abhängig, die einer ungünstigen Rückwirkung dieser Emission auf den Kurs des Franks vorbeugen sollen.

Der Anteil Belgiens an der Anleihe ist, wie der Brüsseler Korrespondent des „Temps“ meldet, bei den Besprechungen des englisch-amerikanischen Syndikats auf 1½ Millionen Pfund festgesetzt worden. Trotz des Widerspruchs führender Brüsseler Banken hat die belgische Regierung sich zur Uebernahme dieses Betrages bereit erklärt. Sowohl in Frankreich wie in Belgien dürfte, wie wir hören, entgegen anders lautenden Meldungen die Anleihe zur öffentlichen Zeichnung ausgesetzt werden.

Paris, 8. Oktober. (E.P.) Eine Note des Finanzministeriums erklärt, daß die deutsche Anleihe in Frankreich nicht in Pfund Sterling, sondern in Franks gezeichnet werde. Ein Rückschlag auf die französische Valuta sei somit nicht zu befürchten.

Brüssel, 8. Oktober. (Agence Belge.) Auf Wunsch der Regierung haben die Banken den einflussreichen Beschluß gefaßt, der Dames-Anleihe ihre Unterstützung zu geben.

Frankreich soll zahlen.

Washington, 8. Oktober. (E.P.) Der progressivste Präsidentschaftskandidat Senator Duffel hat in einer Rede erklärt, wenn er zum Präsidenten gewählt werde, so werde er die europäischen Nationen zwingen, die Zinsen ihrer Kriegsschulden an Amerika zu bezahlen. Bis jetzt hätten weder die Demokraten noch die Republikaner ernstlich versucht, diese Angelegenheit zu regeln. Frankreich wäre besser daran, anstatt eine Armee von 700 000 Mann zu unterhalten, das dafür ausgegebene Geld dazu zu verwenden, seine Schulden an Amerika zu bezahlen.

Auslieferung verweigert!

Ungarn schützt den Erzberger-Mörder.

Budapest, 8. Oktober. (W.B.) Der Justizminister hat die Auslieferung von Schulz verweigert. Nach der bisherigen Haltung der ungarischen Behörden war eine andere Entscheidung des Justizministers nicht zu erwarten. In Ungarn hatten die Mörder Erzbergers seit langem eine Gaststätte gefunden. Ihrer Entlarvung setzten die ungarischen Behörden alle erdenklichen Schwierigkeiten entgegen, und noch nach der Identifizierung des Erzberger-Mörders Schulz versuchte man die Angelegenheit durch Abseignungsversuche zu verdunkeln. Das ist nicht gelungen. Der aller Welt kann festgestellt werden, daß die Mörder Erzbergers sich des Schutzes der ungarischen Behörden erfreuen. Ungarn macht sich dadurch eines Mißbrauchs des Asylrechts schuldig und wir erwarten, daß die Reichsregierung diese offensichtliche Parteinahme für Mitglieder einer Mordorganisation, die auch heute noch den innern Frieden bedroht und deren Fäden auch heute noch nach Ungarn hinüber spielen, nicht stillschweigend hinnimmt.

Deutschland / Frankreich / Völkerbund.

Vorgeschichte der englischen Antwort.

Paris, 8. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Ueber die englische Antwort auf das deutsche Memorandum zur Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund meldet die Agence Havas aus London, daß die englische Regierung zunächst die Absicht gehabt habe, sich jeder direkten Intervention zu enthalten und es dem Völkerbund selbst zu überlassen, über die Annahme oder Ablehnung der deutschen Bedingungen zu entscheiden. Erst nachdem die englische Regierung Kenntnis von dem Inhalt der französischen Antwort erhielt, habe sie sich entschlossen, auch ihrerseits die deutsche Note im Detail zu beantworten. Die englische Regierung sei von Herriot informiert worden, daß er gegen den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund sowie gegen Deutschlands Beteiligung an dem Sekretariat bzw. der Verwaltung des Völkerbundes Einwendungen nicht erheben werde.

Völkerbund und Minderheiten.

Erkundung ihrer Behandlung.

Belgrad, 8. Oktober. (E.P.) Der Chef der Völkerbundsektion für den Minderheitenschutz, der Schwede Erik Rolben, trifft morgen in Belgrad ein. Die Reise Rolbens erfolgt auf Anregung der tschechischen Völkerbundsdelegation. Der Völkerbund soll sich an Ort und Stelle von der Lage der ungarischen und der bulgarischen Minderheiten in Jugoslawien überzeugen. Diese tschechische Einladung scheint ein gutes Gewissen dieses Völkerstaates zu beweisen. Es gibt allerdings in Jugoslawien — und nicht nur dort — auch eine große deutsche Minderheit.

Gewerkschaftsbewegung

Aus dem Straßenbahnbetrieb.

Der offenbar mehr auf Ueberflüsse als auf Sicherheit und anständige Personalwirtschaft zugeschnittene Straßenbahnbetrieb mit seinen täglichen Unfällen wächst sich mehr und mehr zu einer öffentlichen Gefahr für die Sicherheit der Berliner Bevölkerung aus. Die auf die Suche nach der Schuld der Fahrer eingestellten Untersuchungen bringen denn auch meist das gewünschte Ergebnis.

In berechtigter Abwehr gegen die Methode, das Personal zum Sündenbock für die ganze Wirtschaft der Straßenbahn zu machen, schildert uns ein Straßenbahnschaffner die Dienst-einteilung und die Fahrzeit.

Das Fahrpersonal mußte oft 14, 18 Tage, im Hochsommer sogar noch länger, bis zu 24 Tagen Dienst tun, bevor es einen freien Tag bekam. Daß das Personal solche Anstrengungen bei dem ungeheuren Verkehr, den die Straßenbahn zu bewältigen hat, nicht aushalten kann, ist selbstverständlich. Mit der Dienst-einteilung ist es ebenso. Dienstnummern, die nur auf einer Linie zu fahren sind, werden noch geteilt. So kommt es, daß man von früh 5.32 bis mittags 12.20 und nachmittags dieselbe Linie von 4 bis 6, 7 Uhr fahren muß. Es gibt noch zerrisseneren Dienst, wo man früh drei Stunden fährt und dann nachmittags noch 10 bis 12 Stunden Dienst zu machen hat; nachts 3 Uhr kommt man auf den Bahnhof, um an anderen Tag vormittags wieder anzufangen.

Wo bleibt hier eine ordentliche Ruhezeit?

Das Kapitel Fahrzeit muß von den Behörden näher betrachtet werden. Die Direktion wird hier einwenden, sie könne die Fahrzeiten nicht verlängern; denn das Personal würde dann ebenso schnell fahren wie bisher, um seine Haltezeit, die natürlich nicht bezahlt wird, zu verlängern. Aber hier sollen nachfolgende Zahlen reden.

Hier der Fahrplan einer Linie (99) mit 72 Minuten Fahrzeit.

| Haltezeit 19 Minuten | | Haltezeit 17 Minuten | |
|-------------------------|---------|----------------------|---------|
| an 5.51 | 6.10 ab | an 7.22 | 7.39 ab |
| 8.51 | 9.10 | 10.22 | 10.39 |
| 11.51 | 12.10 | 1.22 | 1.39 |
| In Wirklichkeit: | | | |
| an 8.08 | 6.10 ab | an 7.33 | 7.39 ab |
| 9.01 | 9.10 | 10.28 | 10.39 |
| 12.08 | 12.10 | 1.33 | 1.39 |

Statt einer Gesamthaltezeit von 108 Minuten ist nur eine solche von 44 Minuten vorhanden; die übrigen 64 Minuten gegen in die Fahrzeit auf. Diese 64 Minuten werden aber nicht bezahlt, da sie planmäßig mit zur Haltezeit rechnen. Die Fahrzeit ist also hier um 15, 10 und 12 Minuten bzw. um 11, 6 und 10 Minuten verlängert worden.

Wenn das Personal nun zu seiner Haltezeit einigermaßen herankommen will, so muß es seine Fahrt beschleunigen, und ist somit, ohne daß es will, gezwungen, rücksichtslos zu fahren, die Gefahr im Auge, jeden Moment einen Zusammenstoß zu bekommen. Die angegebenen Verspätungen sind nicht etwa durch Verkehrsstörungen (Entgleisung, Baustellen usw.) entstanden, sondern nur durch den langen Aufenthalt an den Haltestellen zum Personalwechsel. Auf den Ringlinien ist es leichter zu merken, wenn Verspätungen sind. Da kommen drei bis vier Wagen zugleich an und es führt zu Umleitungen.

Aber die Öffentlichkeit wird sagen: „Erzählt das doch eurer Direktion, damit sie Abhilfe schafft!“ Aber wie sieht es aus mit dem Hand-in-hand-Arbeiten mit der Direktion? Der Betriebsrat, der wegen all dieser Dinge vorliegend geworden ist, wurde von der Direktion mit spöttischem Sähelein abgewiesen.

Die Herren haben überhaupt nicht die Absicht, ihr Personal anständig zu behandeln, nicht einmal die Fahrzeiten zu verlängern. Der Betriebsrat hatte schon vor vier Wochen den Antrag auf Verlängerung der Fahrzeit gestellt. Auf eine Stunde Fahrzeit sollten 6 Minuten Verlängerung hinzukommen. Das hat die Direktion abgelehnt. Dem Betriebsrat wurde gesagt, daß nur er es sei, der diese Verlängerung fordert. „Wir haben solch geduldige Leute, die sind gar nicht so radikal, wie Sie es darstellen.“ Daß dem nicht so ist, davon legte die letzte Versammlung der Straßenbahner Zeugnis ab. Es wurden Stimmen laut für einen Streik. Hoffen wir, daß es ohne den geht, die Direktion auf Verhandlungen eingeht, um weitere Folgen abzuwenden. Dem Straßenbahnerpersonal aber sei klipp und klar gesagt, daß es keine seiner Forderungen durchsetzen kann, wenn es sich nicht restlos seiner Organisation anschließt, dem Deutschen Verkehrsband.

Der Streik der Mühlenarbeiter.

Während des Streiks der Mühlenarbeiter sind die Unternehmer an das Polizeipräsidium verschiedentlich schon mit Anträgen herangetreten, Röhre mit Getreidebeladungen zu entladen, weil sonst das Getreide darin verderben würde. Die Unternehmer wollten diese Arbeiten durch die Technische Rothilfe ausgeführt sehen. Das Polizeipräsidium hat im Einvernehmen mit dem Verband der Lebensmittel- und Getränkearbeiter Sachverständige ernannt, denen die Aufgabe zufällt, die Anträge der Firmen einzeln zu prüfen. Demgemäß hat die Streikleitung zu entscheiden, ob die Arbeit von den Streikenden ausgeführt werden soll oder nicht.

Am Freitag finden vor dem Schlichter Groß-Berlins Verhandlungen über eine Verbindlichkeitsklärung des Schieds-spruches statt. Es steht zu hoffen, daß bei einem Entgegenkommen der Unternehmer in der Frage der Lohnerhöhung wie auch hinsichtlich Geltungsbauer des Schieds-spruches eine Verständigung möglich ist.

Ein untergegangener Stern.

Gegen den Fahrer der sogenannten revolutionären Metallarbeiter, Ostrowski, den „blutigen Leo“, tagte kürzlich ein Schiedsgericht der Union der Hand- und Kopfarbeiter. Das Organ der Union hält sich in Schweigen über die Gründe, die zur Einsetzung des Schiedsgerichts führten, sodas man allerlei Vermutungen haben kann. Es wird nur mitgeteilt, daß D. während der Verhandlung zwei seiner Genossen „Denunzianten“ titulierte und das ganze Schiedsgericht ablehnte, weil „Nichtkommunisten und Antifolkschweisten“ dabei wären. Das Verfahren endete mit Ostrowskis Ausschluß aus der Union.

So verschwindet einer nach dem anderen von den „revolutionären“ Fahrern. Die kommunistische Oberleitung zugt Leute, die weder geistige noch moralische Qualitäten haben, heraus, setzt ihnen etwas in den Kopf und läßt sie auf die Arbeiterschaft los. Diese

Achtung! SPD.-Metallarbeiter Achtung!

Heute Donnerstag, 9. Oktober, abends 7 Uhr, in den Musikerkäfen, Kaiser-Wilhelm-Straße 31

Versammlung aller SPD.-Metallarbeiter und -arbeiterinnen.

Tagesordnung: 1. Kulturaufgaben der Sozialdemokratie. Referent: Genosse A. Gorlik

2. Fraktionsangelegenheiten. — 8. Wahl des Fraktionsvorstandes. Für diese Versammlung muß rege Propaganda von den Vertrauensleuten gemacht werden. — Parteiausweis legitimiert!

Der Fraktionsvorstand.

NB. Der Fraktionsvorstand tritt um 5 Uhr im selben Lokal zusammen.

Schlaggedoppelten merken nicht, daß sie nur willenlose Werkzeuge Rosslaus sind. Bei dem geringsten Verstoß gegen die Anordnungen der Generale werden sie ebenso kaltgestellt, wie sie hervorgeholt wurden. Wer nicht Ordre pariert, der steigt, ist der Grundriß, nach dem die Unteroffiziere der Rosslauer Feldweibel behandelt werden. Viele Führergarnituren der Metallarbeiter verschwanden schon so: Von Müller über Ruch und Katorodi, bis zu Ostrowski. Wann wird die Arbeiterschaft lernen, diese Leute als das anzusehen, was sie sind, nämlich Organisationszerstörer, Schädlinge der Arbeiterbewegung.

Delegiertenkonferenz der Maler.

Am Sonntag, dem 5. Oktober, tagte im Gewerkschaftshaus die ausgedehnte Delegiertenkonferenz der Organisation der Maler Berlin-Brandenburg. Der Bevollmächtigte Schiemann referierte über Tarif- und Berufsfragen im Malergewerbe. Dem Bericht war zu entnehmen, daß die Arbeitsverhältnisse überall als günstig zu bezeichnen sind. Die berechtigten Lohnforderungen haben leider nicht durchgesetzt werden können, weil im Frühjahr ein Teil der Kollegen Anschlag bei den Chemikern suchte. Innerhalb der Betriebe wurde der Kampf nicht gegen die Arbeitgeber, sondern um die Organisationsform geführt. Die Unternehmer waren die lachenden Dritten. Veranlaßt durch den Zwiespalt in den Kollegenkreisen, hielten es die Arbeitgeber für angebracht, auf ihrer Tagung in Hannover für Verschlechterung der sozialen Tarifbestimmungen und für Niedrighaltung der Löhne zu plädieren. Dieser Warnruf der Arbeitgeber hat uns in der Agitation die besten Dienste geleistet und überall hat rege Mitarbeit für die Organisation eingeleitet. Die während der Organisationswirren verärgerten und ablehnt stehenden Kollegen haben durch Beitragsnachzahlung ihre alten Rechte wieder erworben. Der Ausschluß von sieben Funktionären erfolgte, weil diese trotz mehrmaliger Verwarnung Aufnahmen für den Chemiker-Verband machten und für diesen auch Beiträge einsammelten. Auch die SPD. duldet es nicht, daß ihre Funktionäre Propaganda für den Eintritt in gegnerische Organisationen treiben. Nach allen Erfahrungen der letzten Zeit sei es angebracht, genau wie im Falle Kaiser Bewährungsstrafe für diese Außenleiter festzusetzen.

Der glänzende Geschäftsgang hat die Profite der Arbeitgeber gesteigert; unsere Aufgabe muß es sein, durch Lohnsteigerung gerechten Ausgleich zu schaffen. Vorbedingung für die Kampfrisoge sei Stärkung der Organisation. Die kommenden Steuerlasten müssen durch Lohnforderungen ausgeglichen werden. Außer der Regelung der Tariffragen sei noch ein großer Aufgabenkreis den Gewerkschaften zuerteilt. Das zu fordernde Arbeitslosenversicherungsgesetz muß von sozialer Geist getragen sein. Die Arbeiterschaft habe es satt, der Regierung nur Wunschzettel zu überreichen, über die dann monatlich Erwägungen angestellt werden, vielmehr fordere sie Gleichberechtigung und Durchführung ihrer berechtigten Forderungen.

Die äußerst rege und sachliche Diskussion brachte eine Fülle von Anregungen und Vorschlägen, die dem Vorstand zur Durchführung übergeben wurden. Eine in den Gedankengängen des Referates gehaltene Entschiedenheit fand einmütige Annahme. Mit der Auf-forderung, daß zur Erreichung der gesteckten Ziele alle Kollegen die erforderliche Mitarbeit leisten müssen, wurde die eindrucksvolle Konferenz mit einem Hoch auf die Organisation geschlossen.

Bei der Straßenbahn rechtswidrig entlassen.

Ein Straßenbahnschaffner, der um 5 Uhr 50 Min. morgens seinen Dienst antreten sollte, war so zeitig auf dem Bahnhof erschienen, daß er einen Wagen, der 5 Uhr 5 Min. abfahren sollte, dessen Schaffner aber noch nicht zur Stelle war, übernehmen und dadurch die planmäßige Abfahrt des Wagens ermöglichen konnte. Der Aufsichtsbeamte, der den Letztgenannten Schaffner nicht an dem für ihn eigentlich bestimmten Wagen um 5 Uhr 50 Min. antrat, meldete, daß der Schaffner nicht zum Dienst erschienen

sei. Nun folgte ein höchst peinliches Verfahren gegen den Schaffner, wobei sich herausstellte, daß der Aufsichtsbeamte fahrlässig eine falsche Meldung erstattet hatte. Wenn auch die Angelegenheit für den Schaffner keine weiteren Folgen hatte, so war sie doch für ihn sehr peinlich und er konnte sich mit Recht darüber ärgern. Als der Schaffner kurz nach dem Vorgang den Aufsichtsbeamten traf, gab er seinem Ärger Ausdruck, indem er zu dem Aufsichtsbeamten sagte: „Sie haben eine Meldung gegen mich erstattet, das war ja Schwindel!“

Der Aufsichtsbeamte ließ mit der Meldung dieses Vorfalls nicht lange auf sich warten. Diesmal hatte er den Erfolg, daß der Schaffner wegen Verleumdung des Aufsichtsbeamten fristlos entlassen wurde.

Das Gewerbegericht, wo der Entlassene Einspruch einlegte, kam — wie der Vorsitzende nach der Beratung verkündete — zu der Auffassung, daß es nicht gerechtfertigt sei, wenn die Straßenbahn einen Mann entläßt, der in der Pflichterfüllung so weit geht, daß er früher wie nötig den Dienst antritt, trotzdem gemeldet wird und dann dem, der die falsche Meldung erstattete, eine durchaus berechtigte Vorhaltung machte. Die Entscheidung des Gerichts ging dahin: Der Einspruch gegen die Entlassung ist gerechtfertigt, falls die Wiedereinstellung abgelehnt wird, ist dem Kläger eine Entschädigung von 70 M. zu zahlen.

Vom Richterliche wurde dem Vertreter der Straßenbahndirektion geraten, den Schaffner wieder einzustellen. Der Vertreter lehnte das scharf ab, riefte seine Akten zusammen und verließ den Saal mit dem Ausruf: „Die Sache ist erledigt!“

Tagung der westfälischen Schlichtungsausschüsse.

Die Vertreter der staatlichen Schlichtungsausschüsse des Bezirkes Westfalen tagen heute in Dortmund. An der Besprechung nimmt auch ein Vertreter der preussischen Staatsregierung teil. In die Tagung schließt sich die Besichtigung eines Dortmunder Werkes.

Die Russen und die Wahrheit.

(JGB.) Im Bericht des Vorkommensbureaus der Roten Gewerkschaftsinternationale an den im Juni in Moskau stattgefundenen internationalen Kongress findet sich auch eine Stelle, die sich mit der internationalen Konferenz in Frankfurt und dem Verhalten Amsterdams beschäftigt. Dazu wird folgendes ausgeführt:

„Die Konferenz beschloß auch, eine Delegation an den Amsterdamer Internationalen Gewerkschaftsbund zu entsenden, um mit ihm Verhandlungen über die Schaffung einer Einheitsfront, einen ohne Verzug einzuleitenden gemeinsamen Kampf aller auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Arbeiterorganisationen gegen den Friedensvertrag von Versailles, die Besetzung des Ruhrgebietes und gegen die Offensiv des Kapitals, zu führen. Der Amsterdamer Internationale Gewerkschaftsbund lehnte eine Einheitsfront aus dem Grunde ab, weil er keine Zentralvereinigung von Landesorganisationen sei, sondern eine freie Vereinigung selbständiger Organisationen, denen er nichts vorschreiben könne. Ein weiteres Motiv für die Ablehnung des Antrages der Delegation war der Beschluß des Kongresses von Rom, der es den der Amsterdamer Internationale angeschlossenen Verbänden unterlag, in Beziehung zu Organisationen zu treten, die die Grundsätze der Amsterdamer Internationale nicht anerkennen oder irgendeiner anderen Internationale angehören.“

Demgegenüber ist folgendes festzustellen: Eines Tages erschien in Amsterdam unangemeldet die vom Frankfurter Kongress eingesetzte Kommission um mit den Sekretären des JGB. zu verhandeln. Nach einer kurzen Aussprache wurde vereinbart, daß die Delegation dem JGB. schriftliche Vorschläge unterbreiten sollte, wie sie sich im Zusammenhänge denkt. Diese bestimmte zugesagten Vorschläge sind niemals in Amsterdam eingelaufen. Es scheint leichter zu sein, fortwährend den Kriegsruf „Einheitsfront“ auszustößen als bestimmte Vorschläge zu machen, wie eine Einheitsfront durchgeführt werden kann.

Die Lohnverhandlungen in Dortmund. Auf Antrag der Gewerkschaften finden am Freitag Lohnverhandlungen mit den Metallarbeitern der nordwestlichen Gruppe des rheinisch-westfälischen Industriegebietes in Dortmund statt.

Das Personal der Schleppschiffahrt auf dem Nedar ist in den Streik getreten, da die Arbeitgeber die Forderung auf Erhöhung der Bezüge um etwa zehn Prozent abgelehnt haben.

Der Achtstundentag im Saargebiet. Die Regierungskommission hat dem Berordnungsentwurf über den gesetzlichen Achtstundentag zugestimmt, der dem Landesrat nunmehr zur Begutachtung vorgelegt werden soll.

Im Bergarbeiterstreik in der Borinage, dem belgischen Kohlenbecken, ist ein neuer Einigungsversuch am Mittwoch gescheitert.

Achtung, Betrieb Daimler, Marienfelde. Heute abend 5 Uhr im unteren Gesellschaftsraum Besprechung sämtlicher Kollegen, welche dem Metallstreik angehören. Ref. Kol. Ziska.

Verband der Buchbinder und Papierarbeiter Deutschlands, Ortsverwaltung Berlin. Heute abend 10 Uhr im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engelstr. 11, allgemeine Mitgliederversammlung. Ist eine Vereinigung mit dem Oppositionsverband möglich? Referent: Verbandsvorsitzender Eugen Sauerstein. Jedes Mitglied ist zum Erscheinen verpflichtet. Zutritt nur unter Vorweisung des Mitgliedsbuches. Die Ortsverwaltung.

Schwarzarbeiterverband, Bodenlager. Frankfurter Tagung heute nachmittags 5 Uhr im Verbandslokal, Rungstr. 10. Stellungnahme zur Lohnbewegung.

Verantwortlich für Postamt: Ernst Reuter; Wirtschaft: Ernst Salermus; Gewerkschaftsbewegung: St. Eklara; Feuilleton: Dr. John Schilowski; Politik und Sonstiges: Wilsa Kühn; Anzeigen: H. Gode; Druck: Schmidt in Berlin. Verlag: Fortwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Fortwärts-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 6, Unter den Eichen 2. Hierzu zwei Beilagen und Unterhaltungsbeilage „Stimmlicht“.



FALPAUS
Attacke

große extra starke Cigarette
Hervorragende Qualität + Vornehmste Luxuspackung

PALMIN
DAS REINE KOKOSFETT

Nur echt,
wenn in Originalpackung
mit Schriftzug

Schriftzug

„Werkfreude.“

Kleider, Schuhe, Schmuck und Bücher für die Proletarierin.

Am 7. März 1922 hat unsere Genossin Ilse Müller-Destreich in der Magdeburger Straße 7 unter denkbar schwierigsten Verhältnissen mit einfachsten Mitteln und zu einer Zeit der ungünstigsten wirtschaftlichen Konstellation Deutschlands eine Einrichtung ins Leben gerufen, der sie den bezeichnenden Namen „Werkfreude“ gegeben hat. An dem Werk, das hier geschaffen wird, arbeiten nun wirklich mit und neben der Genossin Ilse Müller-Destreich alle Kräfte in freudigster und hingebendster Weise mit. Wir haben vor einiger Zeit kurz darauf hingewiesen, was in der „Werkfreude“ geschaffen wird. Es wird unsere Leserinnen gewiß interessieren, etwas Genaueres über die verdienstvolle gemeinnützige Gründung zu hören.

Schöne Kleider und gutes Schuhwerk.

In der Magdeburger Straße 7 hat die „Werkfreude“ im Parterre 7 große Räume gemietet, in denen viele fleißige Hände am Werk sind, um das zu schaffen, was man die Kleidung der Proletarierin nennen muß. Es handelt sich in der Hauptsache darum, die Auswüchse in der Mode zu bekämpfen, es geht aber nicht das Ziel dahin, Kleider zu schaffen, die vollständig „unmodern“ sind, sondern man macht in der „Werkfreude“ der Mode durchaus Konzessionen. Man bekämpft ferner hier den Kitsch und den Schund. Man predigt der Proletarierin: „Kauf nicht Billigstes! Denke daran, daß die Geschäfte mit Schleuderpreisen oft genug auch ihren Arbeiterinnen unerhöht niedrige Löhne geben und überlege, daß das Kleid, zu diesen niedrigsten Preisen gekauft, nur kurze Zeit hält, so daß du nicht billig, sondern im Gegenteil teuer eingekauft hast. In der „Werkfreude“ werden nur beste Stoffe verarbeitet. Später will man Blandrucke selber herstellen. Die Kleider sowohl wie die Unterkleider, die die „Werkfreude“ anfertigt, sollen vor allem praktisch sein. Die Arbeiterinnen, die hier beschäftigt werden und die, das ist erfreulich zu sehen, nicht in einem Abhängigkeitsverhältnis, sondern in einem Freundschaftsverhältnis zu Ilse Müller-Destreich stehen, sind in ganz besonderer Weise, man möchte sagen, ausgeglückt worden. Es liegt nicht so, daß jede Arbeiterin, die Arbeit sucht, hier auch Beschäftigung findet. Man verlangt vielmehr von den Arbeiterinnen und mit Recht indolente Einstellung, damit das Kleid und das Unterkleid, das aus ihren Händen hervorgeht, auch einen besonderen Charakter aufweist. Da ist z. B. ein junges Mädchen in der „Werkfreude“, das früher in einem großen Berliner Modehaus beschäftigt war. Diese überaus geschickte Arbeiterin hatte aber keine Einstellung zu den übertriebenen Raffinements der Mode. In der „Werkfreude“ dagegen ist sie hervorragend am Platz und die fleißigen, flinken Finger wissen kunstgewerbliches Vollen zu gestalten. In anderen Fällen bringen Eltern ihre Töchter zur „Werkfreude“, man prüft ihre Fähigkeiten und nur, wenn man sieht, daß sie Liebe zur Sache mitbringen, werden sie behalten. Um diese jungen Arbeiterinnen weiterzubilden, läßt man sie die Abendkurse der Werkstätte besuchen, und damit sie frisch und ausgeruht in diese Schule kommen, werden sie in der „Werkfreude“ bereits am Mittag aus dem Arbeitsraum entlassen. Das Schulgeld trägt die „Werkfreude“.

Der Abfall an Kleidern und Unterkleidern ist bisher ein guter. Um den Genossinnen die Beschaffung der Kleidungsstücke leichter zu machen, ist das Prinzip der Teilzahlung eingeführt worden. Die „Werkfreude“ gibt aber auch an Wiederverkäufer ab, um den Kreis der Kunden und die Einnahmen zu erweitern. Auch Schuhwerk ist in der „Werkfreude“ zu haben. Es handelt sich dabei nicht nur um Sandalen, die allerdings, das sei besonders betont, in ganz hervorragender Weise praktisch und gut sind, sondern auch um Fußbekleidung für alle Zwecke.

Im Reich der Puppenmutter.

Eine besondere Abteilung ist die für Spielzeug. Hier steht man (in dem kleinen Ausstellungsraum der „Werkfreude“ ist kurz zusammengefaßt auf Tischen und in Schränken, was die „Werkfreude“ liefert) Spielzeug und Puppen vom einfachsten und billigsten bis zu dem kunstgewerblich Hervorragendsten. Neben Puppen für die kleinsten Kinder, neben Kasperles, neben sehr eigenartig geschnitten und kunstverständig bemalten Gänsen sind alle Variationen von Spielzeug vorhanden. Ilse Müller-Destreich bezieht die Entwürfe für alle diese zierlichen Sachen von Staudinger in Sonnenberg. Sie wählt aus, und unter Leitung von Staudinger werden dann in Sonnenberg die Puppen angefertigt. Bekleidet werden sie in der „Werkfreude“. Auch für die Puppenbekleidung sind die geeignetsten weiblichen Kräfte vorhanden und alles wird durchaus individuell und dem Sinn entsprechend hergestellt. Man sieht hier Puppen sehr hübsch und zur Freude aller Kinder bekleidet, aber niemals sind die Werkfreudepuppen in der Weise bekleidet, daß sie wie Rafftes Jüngste aussehen. (Dieses Wort, das soll der Wahrheit gemäß hier betont werden, stammt von einer der Arbeiterinnen der „Werkfreude“, deren besonderes Ressort die Puppen sind und der man daher den bezeichnenden Namen Puppenmutter beigelegt hat.) Ferner verkauft die „Werkfreude“ Keramik, eigenartig und individuell geformte Tassen, Kannen, Vasen. Es ist dies alles Keramik vom staatlichen Bauhaus in Weimar, dessen Verkauf und Vertrieb die „Werkfreude“ übernommen hat.

Es muß noch erwähnt werden, daß in der „Werkfreude“ auch für den Schmuck der Proletarierin gesorgt wird. Man sieht hier sehr hübsche Broschen, Ketten und Kleiderschmuck aus Neusilber, sogenannte Treibarbeiten, bei deren Anfertigung auch männliche Kräfte beschäftigt werden. Auch hier wieder ist Prinzip, den Kitsch zu vertreiben und wirkliche Kunst an dessen Stelle zu setzen.

Edle Bücher.

Einen nicht kleinen Teil der Arbeit der „Werkfreude“ nimmt der Sortimentsbuchhandel ein. Die „Werkfreude“ steht mit einer großen Anzahl von Verlegern in Verbindung und empfängt von ihnen Bücher zum Verkauf. Hier handelt es sich nun darum, und das ist eine oft schwierige und langwierige Arbeit, aus den Sendungen der Verleger alles das auszusondern, was nach Ansicht der Leiterin der „Werkfreude“ zum Vertrieb nicht geeignet ist. Man geht hier bei der Auswahl von dem Grundsatz aus, daß alles, was nationalitätlich eingestellt ist an Büchern, ausgeschlossen wird. Bei großen Kongressen, wie sie in der verflochtenen Woche in Berlin stattgefunden haben, hat die „Werkfreude“ das Vorrecht, die Bücher auszustellen und dabei auch günstige Gelegenheiten, die Bücher abzugeben. Daß in der „Werkfreude“ auch gute dauerhafte Bucheinbände hergestellt werden, sei noch nebenbei erwähnt. Bei den Buchereibänden wird besonders darauf gesehen, daß Dedel, Vorsatzpapier und Schnitt ein harmonisches Ganzes bilden. Es kommt weniger auf die Verwendung von Leder, Seide, Gold und die Herstellung von Luxusbinden an, als auf gutes, dauerhaftes Material, das durch sich selber wirkt. Das Buch, das auf dem Tisch liegt, soll so wirken, daß man mit einem Gefühl freudiger Erwartung die Hand danach ausstreckt.

Das ist die „Werkfreude“ und ihre verdienstvolle Tätigkeit. Ein kurzer Besuch der Räume in der Magdeburger Straße 7 zeigt, daß die Arbeiterinnen mit wirklicher Freude am Werk sind, daß sie sich alle wie die Inhaberinnen des Ganzen betrachten, und so kann es nicht wunder nehmen, daß alles das, was aus ihren Händen hervorgeht, gut, geschmackvoll und dauerhaft ist.

Das ist die „Werkfreude“ und ihre verdienstvolle Tätigkeit. Ein kurzer Besuch der Räume in der Magdeburger Straße 7 zeigt, daß die Arbeiterinnen mit wirklicher Freude am Werk sind, daß sie sich alle wie die Inhaberinnen des Ganzen betrachten, und so kann es nicht wunder nehmen, daß alles das, was aus ihren Händen hervorgeht, gut, geschmackvoll und dauerhaft ist.

Folgeschwerer Zusammenstoß zweier Kraftfahrzeuge. Gestern abend gegen 7 Uhr kam es am Kemper Platz zu einem Zusammenstoß zweier Kraftfahrzeuge. Der Führer des hinteren Wagens nutzte das Tempo seines Wagens verringern und in demselben Augenblick fuhr ihn ein anderes Auto von hinten an, so daß dieses Fahrzeug das vorbeifahrende wiederum von hinten anfuhr. Durch die Zusammenstöße gingen die Lampen in Trümmer und die entzündenden Benzinsäulen gingen in Flammen auf. Dem ersten Wagen wurde der Benzintank eingeklemmt, so daß nun beide Autos Feuer fingen und ziemlich ausbrannten. Die Feuerwehre war sehr schnell zur Stelle. Glücklicherweise waren nur in dem zweiten Wagen Fahrgäste, die die mit dem bloßen Schrecken davonkamen.

wie ein Vorwand für Faulenzerei erschienen, wenn die Frauen sich mit einer Handarbeit ans Fenster setzten. Und jetzt sah sie selbst zum Morgen bis zum Abend da und war fleißig und starrte auf die Vorübergehenden hinab. Die Bauern fuhren in großen „Kreditpelzen“ zur Stadt, obwohl es Hochsommer war; Häuslerleute kamen auf ihren bloßen Füßen durch den Staub gewatet, setzten sich auf ihre Treppe und zogen plumpe Lederchuhe an, gingen dann mit ihrem Knipfstock weiter, um eine Mandel Eier oder einen Klumpen Butter zum Kaufmann zu bringen und sich Kandis und Bohnen dafür zu holen. Wenn sie zurückkamen und das Schuhzeug auf der Frankischen Treppe wieder auszogen, leuchteten ihre Gesichter vor Zufriedenheit; der Kaufmann hatte die Männer mit einem Glas Alten Französischen Weines und einem „Ziehtolben“ traktiert, und die gnädige Frau selbst hatte Kaffee mit den Häuslerinnen getrunken. Sie sahen auf der Treppe und ließen sich darüber aus und lobten während des Umganges die Einfachheit der Kaufmannsleute; und aus den Ecken des Knipfstuches strahlten große Wasserwedden zu zwei Der. Das war der Anteil der Kinder an der Stadtreise. Aber erst spät in der Nacht, wenn Madam Frank in ihrem Bett lag, rollten die Bauern nach Hause, denn sie wollten ihr Kartenspielen nicht missen. Und manche von denen, die zweispännig zur Stadt gekommen waren, hatten auf der Heimfahrt nur einen Gaul vorgespannt.

In dem Haus auf der anderen Seite der Straße hatte sie alle Frauen vor sich, eine jede wurde durch ihren Blumentopf verdeckt. Es erschien der Madam Frank so komisch, daß sie da saßen und die Gesichter hinter den Töpfen verdrehten und sich unbeobachtet glaubten, aber unwillkürlich wandte sie die Blumen auf dieselbe Art an.

Sie stand in keinem so feindlichen Verhältnis mehr zu den anderen Frauen, mit einigen hatte sie sogar gesprochen, und eine hatte ihr einen Dorfschwanz gebracht, während sie zu Bett lag. Aber sie fühlte sich trotzdem ein wenig bedrückt durch sie und sah am liebsten am Schlafzimmersfenster.

Von da hatte sie die Aussicht auf das „Dreieck“, wo die Gänse sich mit ihren halbgroßen Gänschen aufhielten und genau darauf achtgaben, daß sie dem Gänserich nicht in den Weg kamen; den hatte Madam Frank — vor langer Zeit einmal, schien es ihr — immer gern erwürgen wollen. Jetzt machte es ihr Spaß, zu sehen, wie er da so wichtig einherschritt, mit dem einen Auge nach dem Habicht in die Luft spähte und die Gänse beiseite jagte, wenn er endlich einen

Fleck eßbaren Grases auf der ausgemergelten Wiese gefunden hatte, die eingetrodnet, nidergetreten und voll Gänsefüße war. Er war nicht im geringsten dafür besorgt, daß auch die Gänse und Gänschen etwas mitbekamen.

„Ja, so sind die Männer“, dachte Madam Frank und nickte entschieden mit dem Kopf.

Außen um die Grenzmark mit ihren bläulichen nackten Sandsteinsäulen zog sich die fruchtbare Stadt an hin. Da draußen war man bei der Heu- und Kleernte. Einige waren in der Arbeit den anderen voraus, und an der Spitze war wie immer der Ackerbauer Dam. Er fuhr schon ein, und jede halbe Stunde bog eine vollbeladene Fuhrer durchs Stadttor und jagte in scharfem Trab den Weg entlang, am Stadteich vorbei. Er selbst ging draußen in seiner weißen Bluse herum und trieb die Arbeiter an. Er war ein gesunder Mann, ebenso statlich wie in früheren Zeiten, das sagte man überall. Er mußte jetzt doch bald an die sechzig sein.

Wer wohl mal all sein Geld bekommen würde, wenn er starb? Richtige Kinder hinterließ er ja nicht. Er hatte in der letzten Zeit wieder angefangen, sich ein wenig für Thorswald zu interessieren, und versprochen, für seine Konfirmationsausstattung zu sorgen. — Madam Frank verank in tiefe Gedanken.

Weiter draußen, wohl eine halbe Meile entfernt, erhoben sich die Höhen, blauschwarz und ziemlich steil; sie bildeten eine zweihundertfünfzig Fuß hohe Felsenmauer zwischen dem fruchtbaren Tiefland und der dahinter liegenden Hochbeide. Scharf hob sich die dunkle Wellenlinie des Felsenkamms gegen den blauen Himmel ab, man konnte die Umrisse von Pflanzen erkennen und zuweilen sehen, wie sich da oben Menschen bewegten. Sie erschienen am Himmel wie schwarze Pünktchen, ungefähr wie kriechende Fliegen.

Von Zeit zu Zeit stieg da drinnen eine Rauchsäule auf, schlug in weißen Schwaden über den Fels herab und blieb in dem Walde hängen, der den Fuß der Höhen umschloß. Die Steinbrucharbeiter nahmen Minensprengungen vor.

Alles das sah sie zum erstenmal, obwohl sie hier schon so viele Jahre wohnte und sich die ganze Zeit über nicht geändert hatte. Sie war zu sehr mit Arbeit überhäuft gewesen, um zu Atem zu kommen, geschweige denn etwas zu sehen, das sie nichts anging. Und dort in den Felsen war sie nie gewesen, obwohl sie in der Stadt geboren war. Vielleicht ging sie nun einmal hin, wenn sie richtig gesund wurde. Warum sollte man sich nicht in der Welt umschauen!

Ueber Massenbildung.

Einer Einladung des Bildungsausschusses des Gewerkschaftsrates folgend, sprach Genosse Dr. Joseph Sulpold Stern in Wien in ebenso geistreicher wie tief schürfender Weise zu dem Problem der Massenbildung. Er führte aus: Drei Eigenschaften, die im Laufe der vorgehischen und geschichtlichen Entwicklung der Menschheit sich herausgebildet haben, charakterisieren in erster Linie die Masse: der Herdentrieb, die Furcht oder Panik und die Untertänigkeit, d. h. die Fähigkeit, sich beherrschen zu lassen.

Dieses Beherrschwerden wäre aber nicht so vollkommen möglich gewesen, wenn in der Masse nicht ein Wille, sich beherrschen zu lassen, lebte. Im Laufe des 20. Jahrhunderts kam es dann zu ihrer Entfesselung. Sie wurde erst möglich durch ihre Anhäufung in den Großstädten, und hier in den Betrieben. Der Masse kam allmählich zum Bewußtsein, daß sie eine Klasse sei. Und bei der Erweckung dieses Bewußtseins spielte die Bildung eine hervorragende Rolle. Es war nicht allein die Oekonomie, die die Unterdrückung der Massen verursachte, sie wurde dadurch vervollständigt, daß die Herrschenden auch die Gestaltung des Bewußtseins der Massen in die Hand genommen hatten. Die Massen waren nicht allein unterdrückt, sie war auch vom Bewußtsein durchdrungen, daß es anders nicht möglich sei. Die Fabrik aber, die die Menschen einander näher gebracht hatte, machte zur selben Zeit auch die Bildung der Massen notwendig: die Maschine wollte nicht allein von der Hand, sondern auch vom Kopf bedient sein. So wurden die Unterdrücker gegen ihren Willen gezwungen, die Massen aus ihrer Unbildung herauszuheben. Durch diesen doppelten Prozeß wurde die Entfesselung der Masse, der Schritt der Masse zur Klasse möglich. Sie veränderte sich aus einer Duldlerin zur Rebellin. Früher machtlos gegenüber der Welt, wollte sie jetzt ihre Beherrscherin werden. War sie früher als Masse dem Schicksal nicht gewachsen, so nahm sie jetzt als Klasse ihr Schicksal in die eigene Hand.

Als Klasse bedarf aber das Proletariat auch der proletarischen Persönlichkeiten. Die Aufgabe der Bildung ist unter anderem, diese proletarische Persönlichkeit zu schaffen. Während aber die bürgerliche Persönlichkeit nur für sich lebt, bildet sich die proletarische Persönlichkeit für den Dienst an seiner Klasse. Während die erstere stolz darauf ist, mehr zu wissen als die Masse, ist es für den letzteren eine Tragödie, Dinge zu wissen, die die Masse nicht weiß. Hält sich die bürgerliche Persönlichkeit für reich, wenn sie die Masse zu unterdrücken gelernt hat, so ist es die proletarische, wenn sie der Masse zu dienen imstande ist. Der junge Proletarier, der sich die Bildung angeeignet hat, um dann abwärts der Masse zu bleiben, erklärt sich gegen die Arbeiterklasse, da er nicht für sie arbeitet. Die Erziehung der sozialistischen Persönlichkeit wird zur vornehmsten Aufgabe der sozialistischen Parteien. Die Masse der Proletarier ist jedoch weit davon entfernt, sozialistisch zu sein. Man muß den Mut aufbringen, den Fesseln des Proletariats entgegenzutreten, selbst das Leben auch vieler organisierter Arbeiter in der Familie als nichtsozialistisch zu brandmarken. Ob jemand Sozialist ist, ist nicht aus seinem Mitgliedsbuch zu ersehen, sondern aus seinem Charakter, seinem Verstand und seinem Gefühl.

Die Jugend, und in erster Linie das proletarische Kind, zum sozialistischen Menschen zu gestalten, muß die nächste Aufgabe des praktischen Sozialismus sein. Wien mit seinen 80 000 proletarischen Kindern, die von den Kinderfreunden umfaßt werden, hat die Bedeutung dieses Satzes erkannt. Es gilt nicht, den Sozialismus zu predigen, sondern den Sozialismus zu leben. — Es ist natürlich unmöglich, den Inhalt eines dreißigtägigen Referats nur annähernd erschöpfend anzudeuten. Man könnte nur wünschen, daß Genosse Dr. Joseph Sulpold Stern wieder Gelegenheit erhält, seine Gedanken vor den Bildungsfunktionären der Partei und der Arbeiterjugend vorzutragen.

Der große Aktienwindel.

Zu dem großen Aktienwindel, über den wir im gestrigen Abendblatt kurz berichteten, wird weiter mitgeteilt, daß die beiden schädlichen Fälscher Boek und v. Blumenthal, der Direktor der Victoria S. m. b. H. in Reichendorf bei Fürstenwalde war, noch nicht ermittelt sind. Auch die Herkunft der gefälschten Aktien, die Druckerei oder mehrere Druckereien sind noch nicht ermittelt. Früher wurden Aktien in der Regel in Staatsdruckereien hergestellt. Das änderte sich in der Inflationszeit. Dadurch und bei der Ueberlastung der Privatdruckereien, die jetzt vielfach Neudrucke besorgen, wurde die Gewähr für die Echtheit geringer. Gefälschte Aktien kamen schon wiederholt in Umlauf. Sie wurden in Berlin, besonders in

Die Familie Frank.

Roman von Martin Andersen Nexö.

Sie verliebte sich nicht mehr auf ihre eigene Stärke wie in alten Zeiten, erwartete auch nicht, wie der Schwachgeborene, alles vom lieben Gott, sondern hegte Achtung vor dem Zufall, wie ein Zerrütteleter. Der Zufall hatte sie niedergeworfen, und nun klammerte sie sich an ihn, schob ihren Kummer auf ihn und erkannte ihn als ihren Herrn an. Jeder Tagesverdienst, den Thorswald brachte, war eine zufällige Einnahme, selbst als sie sich Woche auf Woche wiederholte. Er war kein angemessener Versorger, er war ein etwas unbefähigter Junge, den sie selbst vernachlässigt hatte; und eines schönen Tages bekam er die Sache gewiß satt. Aber dann würde der Zufall ihr auf andere Art zu Hilfe kommen.

Sie hatte nur eine Sorge. Frank hatte sich seit dem Verfassungskrieg nicht sehen lassen, und nun fürchtete sie täglich, daß er zurückkommen werde. Doch auch diese Furcht schwand mit jedem Tag.

Wo er im übrigen geblieben war, das war ihr ganz gleichgültig, wenn er nur nicht wieder nach Hause kam und den häuslichen Frieden störte. Sie fühlte, daß sie nicht mehr die Kraft haben würde, sich mit ihm herumzuschlagen.

Wenn sie jetzt am Fenster saß und nähte oder strickte und dann drüben auf der Gasse oder draußen auf der Landstraße eine Gestalt sah, so konnte sie sich einbilden, daß er es war, und ganz kalt werden vor Schreck. Und sie konnte sich den ganzen Janz ausmalen, der folgen würde, und die Schläge, die giftigen Worte und alle seine Verhufe, sie zu bestehlen — und fuhr fort, Grauen zu empfinden, lange nachdem die Gestalt vorbeigegangen war. Dann aber durchdrang sie plötzlich das befreiende Gefühl.

Wirkliche Freude darüber, daß er fort war, empfand sie nicht, und das enttäuschte sie, so daß sie mit Willen diese Anfälle von Angst vor seiner Rückkehr verstärkte — um dann den plötzlichen Uebergang zur Wirklichkeit zu genießen. Eigentlich hatte sie sich das, ihn los zu sein, wie ein ganzes Leben vorgestellt, ein Dasein, das von Neuem erfüllt war — und dann war statt dessen eine Leere entstanden, allerdings eine Leere von etwas Unheimlichem — und doch!

Trotzdem wünschte sie nicht, ihn zurückzubekommen, um keinen Preis!

Ja, wie veränderlich alles war! Nie hatte sie fünf Minuten ruhig auf einem Stuhl sitzen können, und es war ihr

(Fortsetzung folgt.)

Polsten der Friedrichstadt, in ganzen Bündeln gehandelt und „gechoben“. Wieviele Fälschungen dieser Art im Verkehr sind, läßt sich nicht sagen. Am Dienstag nach wurde der Versuch gemacht, für eine Million dieser Fälschungen an den Mann zu bringen. Der Besitzer hatte darauf auch bereits einen Scheid erhalten. Er konnte ihn aber noch wieder abgenommen werden, bevor er darauf Geld erhalten hatte. Die Fälscher haben versucht, noch im letzten Augenblick eine größere Summe in die Hände zu bekommen. Der Versuch mißlang, und deshalb verschwanden sie ohne die erhoffte Beute aus Berlin. Das Aktienpaket, um das es sich handelte, wurde gestern von der Inspektion C. der Kriminalpolizei ermittelt und ebenfalls beschlagnahmt. Die Nachforschungen nach weiteren Fälschungen dauern noch an. Wie uns ferner mitgeteilt wird, wurden die Fälschungen, die an sich recht geschickt gemacht sind, dadurch erwischt, daß die Fälscher so unvorsichtig waren, sie auch mit Nummern solcher Aktien zu versehen, die bereits annulliert waren. Besser als durch diesen Schwindel kann die auf Profit und nur auf Profit eingestellte kapitalistische Wirtschaft nicht kritisiert werden.

Die Straßenbahnunfälle in Berlin.

Bremssversuche unter Ausschluß der Dessenpflicht.

Auf eine kleine Anfrage einiger Mitglieder der Fraktion des Senkums im Preussischen Landtag, die sich mit der in den letzten Wochen ungewöhnlich häufigen Zahl schwerer Straßenbahnunfälle in Berlin und der dadurch in der Berliner Bevölkerung entstandenen großen Beunruhigung beschäftigt, erteilt der Minister für Handel und Gewerbe dem Preussischen Pressedienst zufolge die nachstehende Antwort:

Die preussische Staatsregierung hat aus Anlaß der in letzter Zeit sich häufigeren Unfälle in Berliner Straßenbahnbetriebe bereits von sich aus durch die Rheinbahnüberwachungsbehörde Untersuchungen anstellen lassen, um die Ursachen der Verkehrsunfälle festzustellen und die als zweckentsprechend erkennbaren Vorkehrungsmaßnahmen zu treffen. Die Untersuchungen sind noch nicht abgeschlossen. Nach dem bisherigen Ergebnis werden sich die Maßnahmen in erster Linie auf die Frage des für den Berliner Verkehr zweckmäßigsten Bremssystems und einer besseren Schulung bzw. Auswahl der Wagenführer erstrecken müssen. Zur Lösung der Bremsfrage haben schon vor einigen Monaten Versuche stattgefunden, weitere Versuche, denen voraussichtlich eine endgültige Entscheidung folgen wird, stehen bevor. Wegen der Herabsetzung eines besser geübten und zuverlässigeren Fahrpersonals und wegen besserer Überwachung während der Fahrt sind ebenfalls geeignete Schritte getan oder im Gange. Daneben werden die übrigen in Betracht kommenden Betriebsverhältnisse der Straßenbahn (Fahrgeschwindigkeit, Überfüllung, Dienstdauer usw.) einer eingehenden Nachprüfung unterzogen und die zur Erhöhung der Betriebssicherheit dienlichen Maßnahmen mit möglichster Beschleunigung getroffen werden.

Heute vormittag 10 Uhr wird auf Veranlassung und im Beisein des preussischen Handelsministers auf dem Bahnhof der Berliner Straßenbahn in Lichterberg (Siegfriedstraße) eine Vorführung von Bremsvorrichtungen an zwei Versuchswagen und einem Nachwagen stattfinden. Am darauffolgenden Tage, am 10. Oktober, finden vormittags 8 1/2 Uhr praktische Bremsversuche bei verschiedenen Fahrgeschwindigkeiten statt. Vor der Vorführung der Versuchswagen werden die Fahrerschule und die psychotechnische Prüfanstalt der Straßenbahn beschäftigt werden.

Es wirkt außerordentlich befremdend, daß weder Vertreter der Presse noch des Verkehrsverbundes zu diesen Versuchen zugelassen werden. Bisher wurde von der Leitung der Straßenbahn behauptet, daß die elektrischen Bremsen einwandfrei arbeiten. Fürchtet sie, daß die Versuche, die hoffentlich unter gleichen Bedingungen wie im „normalen“ öffentlichen Verkehr erfolgen, d. h. mit übermäßig besetzten Wagen, den Beweis des Gegenteils erbringen? Wozu diese Geheimnistuerei in einer Frage, an der heute ganz Berlin interessiert ist?

Um die Nachkübungen des Lehrers Koch.

Gegen den Berliner Lehrer Adolf Koch war wegen des bekannten „Nacktanzschwindels“, den die rechtsstehende Presse über ihn verbreitet hatte, vom Provinzialschulkollegium ein Disziplinarverfahren eingeleitet worden. Ihm wurde zur Last gelegt, die Pflichten verlegt zu haben, die ihm sein Amt auferlegt (Gesetz von 1852), indem er eigenmächtig ohne Genehmigung der Schulbehörde mit schulpflichtigen Kindern rhythmisch-gymnastische Übungen veranstaltet habe, bei denen die Kinder unbekleidet waren und an denen teilweise Kinder beiderlei Geschlechts teilnahmen, und indem er hierüber vorzüglich einen Teil seiner Amtsgenossen geküßelt und den Kreislehrer im unklaren gelassen habe. Wir wollen hier nochmals ausdrücklich feststellen, daß Koch die Übungen nicht etwa als einen Teil des Schulunterrichts, sondern selbstständig außerhalb dieses Unterrichts, wiewohl auch in Schulräumen, als private Veranstaltungen vorgenommen und dazu die Einwilligung der Eltern gehabt hat. Das Ergebnis des Disziplinarverfahrens war, daß Koch nur wegen Eigenmächtigkeit einen Verweis erhielt. Nicht erwiesen sei, sagt die jetzt schriftlich vorliegende Urteilsbegründung, eine bewußte Irreführung des Schulkollegiums und eine absichtliche Täuschung seiner Amtsgenossen über die Stellung der vorgeführten Behörde über seine Übungen. Auch die in verleumdender Absicht ausgestreute Behauptung, daß Koch unreine und unzüchtige Beweggründe gehabt habe, fiel vor dem Disziplinargericht zusammen. Unter Mißbilligung der Nachkübungen an sich stellt das Urteil fest, daß ihm irgendwelche im eigentlichen Sinne unsittliche oder unzüchtige Handlungen nicht zum Vorwurf gemacht werden können, daß er vielmehr seine Ziele mit sittlichem Ernst verfolgte und nach Aussagen von Eltern und Zeugen Anerkennungswertes auf dem Gebiete körperlicher und seelischer Gesundheit erreicht hat. Weiter wird darauf hingewiesen, daß die Befreiung von Kindern der arbeitenden Bevölkerung aus materieller und seelischer Not ihm ernstlich am Herzen lag. Trotz dieser Begründung hat, wie wir jetzt erfahren, die Staatsanwaltschaft das Urteil angefochten und Berufung eingelegt, so daß der Fall Koch noch einmal erörtert werden muß. Das für Koch so günstige Urteil erster Instanz war von Richtern gefällt worden, die größtenteils politische Gegner von Koch sind.

Der erste deutsche Radiokongress.

Im Auditorium Maximum der Universität begann am Montag vormittag der erste deutsche Radiokongress, der veranstaltet wird vom Institut für Erziehung und Unterricht in Verbindung mit der staatlichen Hauptstelle für den naturwissenschaftlichen Unterricht. Er hat die Aufgabe, besonders die Bedeutung des Rundfunks für die Schule zu zeigen. Zu dem Kongress sind zahlreiche Lehrer und Schullehrer aus allen Teilen Deutschlands erschienen. Staatssekretär Dr. Becker vom Preussischen

Kultusministerium eröffnete den Kongress und erklärte u. a., es sei das große Verdienst der Reichspostverwaltung, daß man es beim Rundfunk nicht wie im Kinowesen habe dazu kommen lassen, daß ein Geschäftsunternehmen daraus werden könnte. Anschließend sprach Staatssekretär Dr. von Bredow vom Reichspostministerium über die allgemeine Bedeutung des Rundfunks. Professor Leithäuser sprach über die Technik des Empfangens und Sendens des Funkwesens, wobei er sich wieder als eleganter Experimentator zeigte. Am Nachmittag folgten Referate der Studierenden Reidel und Scheiffler über die physikalischen bzw. experimentellen Grundlagen des Rundfunks in der Schule. — Die Verhandlungen wurden am Dienstag vormittag fortgesetzt. Als erster Redner sprach Ministerialrat Giesecke vom Reichspostministerium über das deutsche Funkwesen. Er teilte dabei u. a. mit, daß neben Bremen, Hannover und Nürnberg jetzt auch in Kassel und Dresden Zwischenstationen

Kommunal-Konferenz

morgen, Freitag, abends 7 1/2 Uhr, in den Sophien-Sälen, Sophienstraße 17/18 (Galerieaal II. Stock)

Tagesordnung:

Aufbau und Tätigkeit der Berliner kommunalen Zentralstelle

Referent: Genosse Richard Kille. — Aussprache.

Zur Teilnahme berechtigt sind: der Vorstand der Stadtverordnetenfraktion, der Vorsitzende, Stellvertreter und Schriftführer der Bezirksverordnetenfraktionen, die SPD-Bezirksrats- und Bezirksamtsmitglieder sowie die Kreisvorsitzenden bzw. deren Stellvertreter. Mitgliedsbuch legitimiert. Der Bezirksvorstand.

errichtet werden sollen. Er gab ferner bekannt, daß die Absicht besteht, eine Erweiterung dahin zu treffen, daß die Darbietungen der einzelnen Sender durch Übertragung auch den übrigen Sendern und damit sämtlichen Teilnehmern in Deutschland zugänglich gemacht werden. So könne es beispielsweise einmal einen Hamburger Abend, einmal einen Leipziger Abend usw. in ganz Deutschland geben. Professor Dr. Leithäuser-Berlin ging näher auf die technischen Sonderfragen des Rundfunkwesens ein und führte dabei wiederum eine Reihe von Versuchen vor, die lebhaftes Interesse fanden. Als letzter Redner des zweiten Verhandlungstages berichtete Studienrat Dr. Jörn über die Ausbildung im Funkwesen für den Lehrer. Nachmittags fand eine Besichtigung der Funkstation Königsauerhausen statt. Der Kongress fand am Mittwoch mit dem letzten Abschluß. Die Vorträge des letzten Tages galten besonders der Frage, wie der Rundfunk der Schule nutzbar gemacht werden könnte. Lehrer Günther-Berlin sprach über das Thema: „Rundfunkarbeiten für die Schule“. Direktor Bodensiedt-Hamburg berichtete über den Ausbau der Hans-Bredow-Schule für Volkshochschulen in Hamburg und ihr Ziel. Direktor Boh-Berlin von der deutschen Stunde behandelte das Thema: „Die deutsche Welle“, während Professor Dr. Lampe, der Direktor der pädagogischen Abteilung des Zentralinstituts für Erziehung und Unterricht über die Absichten des Zentralinstituts Auskunft gab.

Die Jubelfeier des Friedrichshain-Krankenhauses.

Die 50. Wiederkehr des Tages der Eröffnung des Krankenhauses am Friedrichshain wurde gestern in schlichter Weise gefeiert. Im benachbarten Viktorienhaus an der Bismarckallee, dem Heim der Pflegeschwestern des Krankenhauses, versammelten sich mit der Krankenhauddirektion und einem Teil des ärztlichen und Pflegerpersonals die Gäste, Mitglieder des Magistrats und des Bezirksamtes Friedrichshain, der Gesundheitsverwaltung der Stadt und des Bezirkes, Vertreter von Reichs- und Staatsbehörden, von Ärztevereinen und Krankenkassen.

Nach einer Begrüßungsansprache des Bürgermeisters Riehl vom Bezirksamt Friedrichshain schilderte Krankenhauddirektor Professor Dr. Braun die Entstehung der am 8. Oktober 1874 eröffneten Anstalt und ihre Leistungen in dem verflochtenen Jahrhundert. Das Friedrichshain-Krankenhaus, das mit seinem damals neuen Panellonienplan die Forderung der Zufuhr von möglichst viel Luft und Licht erfüllte, hat anderen Großstädten Deutschlands und auch des Auslandes für ihre Krankenhäuser als Vorbild und Muster gedient. In fünfzig Jahren hat eine halbe Million Kranke hier Aufnahme und Pflege gefunden, woran das erste Jahrzehnt mit zunächst 48 000, das fünfte Jahrzehnt aber mit 114 000 beteiligt war. Das fünfte Jahrzehnt, das mit dem Kriegsausbruch anhub und mit der beispiellosen Geldentwertung abschloß, war für die Anstalt eine schwere Belastungsprobe. Was in der Krankenpflege in jenen Jahren des Schreckens zerrüttert wurde, das wieder aufzubauen ist die Stadt jetzt am Werke. Für den Magistrat sprach Bürgermeister Dr. Scholz, der vor kurzem eingetretene Dezentent des Gesundheitswesens. Er rühmte die Gründung dieses ersten allgemeinen Krankenhauses als einen Fortschritt zu dem Gedanken der Fürsorgepflicht im Gesundheitswesen.

Unter den Glückwünschern, die dann folgten, war ein Ver-

Das Rundfunkprogramm.

Donnerstag, den 9. Oktober.

Außer dem üblichen Tagesprogramm:
4.30—6.30 Uhr abends: Unterhaltungsmusik (Berliner Funkkapelle). Während der Pausen: „Ratschläge fürs Haus“. 7.45 Uhr abends: Vortrag des Herrn Geheimrat Schenk, Präsidenten der Oberpostdirektion Kassel: „Fünfzig Jahre Weltpostverein“. 8.30 bis 10 Uhr abends: Orchesterabend unter Mitwirkung von Kammer-sänger Karl Jörn. Dirigent: Otto Urack (früher Kapellmeister an der Berliner Staatsoper). 1. Ouvertüre zu der Oper „Weiße Dame“, Boieldieu. 2. Proghiera (Adagio) Schubert (Walter Schulz, Solocellist des Berliner Philharmonischen Orchesters). 3. „Holde Aida“, Arie des Radames aus der Oper „Aida“, Verdi (Kammersänger Karl Jörn). 4. a) Der Gott und die Bajadere, Goethe. b) Totentanz, Goethe (Karl Zander, Rezitation). 5. „Mozartina“, Suite, Tschaikowski. a) Gigue, b) Menuett, c) Praghiera (Ave verum), d) Thema mit Veränderungen. 6. Adagio aus dem D-Dur-Konzert, Haydn (Walter Schulz, Solocellist des Berliner Philh. Orchesters). 7. a) Der Wanderer, Schubert, b) Psalm aus der Oper „Evangelimann“, Kienzl. c) Herbst, Hailo (Kammersänger Karl Jörn). 8. Larghetto aus der 2. Sinfonie D-Dur, Beethoven. 9. a) Das Postamt, Erieh Hopp, b) Postdienst auf dem Bahnhof, Heinrich Schaeffer (Karl Zander, Rezitation). 10. Ouvertüre zu der Operette „Der Zigeunerbaron“, Joh. Strauß (Das Orchester besteht aus Mitgliedern des Berliner Philharmonischen Orchesters). Anschließend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten. Zeitansage, Wetterdienst, Sportnachrichten, Theatervorstellung. 10.30—11.30 Uhr abends: Tanzmusik.

ireter des Ministeriums für Volkswohlfahrt. Er bemerkte, früher habe die Staatsregierung ihre Anteilnahme an solchen Festen auch äußerlich bezeugen können. In der neuen Zeit ohne Mittel und ohne Titel! sei das „leider“ nicht möglich, darum komme er mit leeren Händen, aber vollem Herzen. Gedämpfte Heiterkeit begleitete diese Worte, aber manchem war vielleicht doch nicht ganz wohl dabei, daß die in den Zeiten der Monarchie üblich gewesenen Titel- und Ordensverleihungen ausblieben.

Prügel bis zur Ohnmacht. Ein Erlebnis auf der Polizeiwache.

Gestern hatte sich wiederum ein ehemaliger Polizeiwachmeister wegen schwerer größtenteils Ausschreitungen gegen einen harmlosen Zivilpassanten vor Gericht zu verantworten. Der ehemalige Polizeiwachmeister Neumann war vor dem Großen Schöffengericht Tempelhof wegen Körperverletzung im Amt angeklagt.

Am Juli war morgens gegen 3 Uhr ein angelegener Mann F. in der Nähe des Polizeireviers in der Blücherstraße an den dort stehenden Wacht habenden herangeritten und hatte diesen belästigt, allerdings geschah dies, wie die Verhandlung ergab, in harmloser Weise. Das verhinderte jedoch den Angeklagten nicht, der als Stellvertreter der Wacht habenden gerade vor der Tür stand, in die Wachtstube zu eilen, sich den Säbel umzuschultern und den Tschako aufzusetzen. Er erschien darauf auf der Straße und nahm den Angeklagten fest. Schon auf dem Wege zur Wache erhielt F. von dem Beamten Rippenstöße. Schlimmer erging es ihm aber auf der Wachtstube. Hier wurde er von dem Angeklagten derart verprügelt, daß hinzukommende andere Beamte den Wacht habenden wecken mußten und den Angeklagten nur mit Mühe von seinem Opfer zurückhielten. Der Zeuge F. beteuerte, daß er unzählige Male Faustschläge ins Gesicht erhalten habe. Bei jeder Frage zur Feststellung seiner Personalia habe er einen Schlag ins Gesicht bekommen. Schließlich sei er von den Schlägen derart ermattet gewesen, daß er ohnmächtig umfiel. Nach den Befundungen eines anderen Wachtmeisters hat der Angeklagte dem Ohnmächtigen zugerufen, er solle sich nicht verstellen, und ihm, als man diesen auf den Schemel hob, eine Ohrfeige gegeben. Es wurde festgestellt, daß der Angeklagte, der seit 1919 im Polizeidienst stehe, bereits schon viermal disziplinarisch verurteilt sei. In keiner Trunkenheit habe er sich so auffällig benommen, daß er zur Beobachtung seines Geisteszustandes in das Polizeikrankenhaus übergeführt wurde. Nach dem Gutachten von Medizinalrat Benzell ist der Angeklagte gegenwärtig ein schwerer Alkoholiker, aber für seine damaligen Handlungen voll verantwortlich.

Das Gericht hielt den Angeklagten der Körperverletzung im Amt schuldig und verurteilte ihn, indem es über den Antrag des Staatsanwalts hinaus ging, zu vier Monaten Gefängnis. Von mildernden Umständen hat das Gericht abgesehen. Die Pflicht eines Polizeibeamten sei es, bei einer derartigen Lebertretung, die vielleicht gar keine gewesen sei, vermittelnd zu wirken und nicht in dieser Hoffrohen Weise vorzugehen. Mildernde Umstände verbiete das Verhalten eines Beamten nicht, der sich einem harmlosen Passanten gegenüber eines so schweren Verbrechens der Mißhandlung im Amt schuldig mache. Nur mit Rücksicht auf die vorhandene Milderwertigkeit hat das Gericht von einer noch höheren Strafe Abstand genommen.

Die Stadtverordnetenversammlung wird in ihrer heutigen Sitzung noch nicht zur zweiten Beratung des sozialdemokratischen Antrages auf Wiederaufnahme der zurückgestellten sozialen Aufgaben der Stadt und der kommunalistischen Erwerbslosenunterstützung kommen. Der Haushaltsausblick, dem diese Anträge zur Vorbereitung überliefert wurden, ist über eine allgemeine Erörterung noch nicht hinausgekommen.

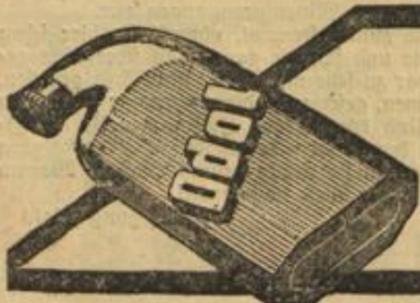
Ein unfreudlicher Hauswirt. Aus Mariendorf, aus dem Hause Chausseestraße, 27 wird uns folgendes gemeldet: Der dortige Hausbesitzer ist bemüht, ein altes Ehepaar aus der Wohnung, die mit auf seinem Korridor im 1. Stockwerk liegt, hinauszumittieren. Grund: die Schneiberet, die seine Frau betreibt, soll vergrößert werden. Er bietet dem Ehepaar im gleichen Hause eine im zweiten Stockwerk gelegene gleiche Wohnung an. Dieses Entgegenkommen soll anerkannt werden, aber es fragt sich, ob es wirklich nötig ist, zwei alte Leute, von denen der Mann ziemlich gebrechlich ist, aus ihrem lieb gewordenen Heim hinauszujagen. Vielleicht überlegt sich der Hauswirt, der inzwischen die Räumungsgelände beantragt hat, noch einmal diesen Schritt, ehe er ihn zur Ausführung bringt.

Die Massenvergiftungen in Görbersdorf.

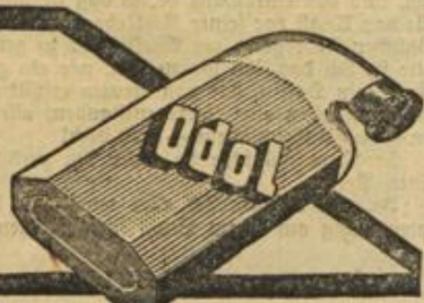
Genosse Otto Meier, W. d. L., hat die Dr. Frohmerichs Befehle in Görbersdorf besucht, um Informationen über die Massenvergiftungen der Patienten einzuliefern. Er übermittelt uns folgenden Bericht.

Das dort an der tschechischen Grenze gelegene Dörfchen Görbersdorf ist vor einigen Wochen in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses gerückt worden. Ein idyllisches Fleckchen Erde, im Gebirgscharakter dem sächsischen Schwarzwald nicht unähnlich, ausgezeichnet durch eine herrliche klimatische Lage, verdrängt es in erster Linie seinen Ruhm den Prehmerischen Heilanstalten, die, seit über einem halben Jahrhundert bahnbrechend auf diesem Gebiete, vielen Tausenden von Lungenerkrankten Aufnahme und in der balsamischen Luft auch größtenteils Genesung gewährten. Am 13. Juli d. J., einem Sonntag, hielt nun der Schrecken seinen Einzug in Görbersdorf: einige Stunden nach dem gemeinsamen Mittagessen erkrankten ausnahmslos alle Patienten und das gesamte Personal desjenigen Teiles der Anstalt, der in der Hauptache den Patienten der Reichsversicherungsanstalt Aufnahme gewährt, an ziemlich stürmisch austretendem Darmkatarrh, an ausgesprochenen Vergiftungssymptomen. In der Folge erlagen der stellvertretende Chefarzt Dr. Rome (ein Stiefbruder des Chefarztes Dr. Busch), der 79jährige Bademeister und zwei Patienten, also insgesamt vier Personen, der wie ein Blitz aus heilem Himmel hereinbrechenden Epidemie. Görbersdorf hatte keine Sensation, leider eine recht traurige, die begreiflicherweise weit über den friedlichen Ort hinaus kuffen und Besorgnis erregte. Jetzt, nach über acht Wochen, ist die Erregung über den peinlichen Vorfall schon etwas abgeklungen. Ich halte es nun an der Zeit, meine Eindrücke auf Grund persönlicher Informationen unter Beobachtung größter Objektivität wiederzugeben.

Die am Abend des 13. Juli auftretenden Vergiftungssymptome bei allen Insassen der Hauptstation wurden in ihrer ganzen Schwere wohl selbst von den Betroffenen noch nicht erkannt. Erschwerend wirkte aber der Umstand, daß die Kranken meist sich selbst überlassen blieben, weil ja das gesamte Personal der



Ein Universitäts-Professor schreibt uns: „Auf Grund eigener wiederholter Untersuchungen muß ich sagen, daß das „Odol“ ein ausgezeichnetes Antiseptikum für die Mundhöhle darstellt, und daß es sich ganz besonders zur täglichen Pflege der Zähne und des Mundes eignet. Das Zahnfleisch festigt es und die Zähne werden durch „Odol“ vor Hohlwerden geschützt.“



Billige Preise für vornehme Winterkleidung

Herrn-Schlüpfer aus gemusterten Flauschstoffen . . . von 30.-
Winter-Paletots ein- u. zweif. Form, mit Samtkragen . . . von 48.-
Herrn-Ulster m. angewebter Abseite aus verschiedenen Stoffarten, m. Rückengurt u. Falten in versch. Qualitäten und Ausführungen von 58.-
Jackett-Anzüge für Herren aus braunem und blauem Cheviot . . . 22.50
Jackett-Anzüge in feschen mod. Streifenmustern . . . 60.-, 40.-
Herrn-Sakkos Ersatz f. Maß aus besten Stoffen, moderne Farben und Formen 95.-, 85.-, 60.-
Blaue Herren-Anzüge in mod. ein- und zweifelhiger Form von 70.-
Herrn-Anzüge aus blauen und braunen Gabardinstoffen, in eleg. Ausführung u. fescher Form, vollkommener Ersatz für Maß 110.-, 98.-
Smoking und Abendanzüge in eleganter Ausführung . . . von 95.-
Tanz Anzüge a. wollen. Cheviot in vollend. Form, Jackett u. Weste mit Borte, Hose mit u. ohne Galon, vollständiger Maßersatz . . . 105.-

Culaway und Westen, marengo Cheviot . . . von 40.-
Herrenhosen, vornehme Streifen, haltbare Qualitäten . . . von 4.75
Herrn-Gummimäntel, Körper vorzügliche Gummierung . . . von 16.50
Herrn-Gabardinemäntel, Schlüpfer- u. Tallienform, modern verarbeitet . . . von 68.-
Windjacken für Damen, Herren u. Jünglinge, fesche Sportform, von 9.-
Herrn-Winterjoppen warm gefüttert, aus gutem Lodenstoff, von 18.-
Lodenmäntel f. Damen u. Herren aus witterfestem Strichloden von 18.-
Herrn-Sportanzüge, a. Loden u. and. Stoffen, Breeches-Hose, von 36.-
Herrn-Sportanzüge, m. Weste und Breeches . . . 58.-
Lederjoppen für Auto- u. Motorsport aus schwarzem Leder . . . 82.-
Herrnlederjoppen in flatter Sportform aus braunem Leder von 92.-

Damen-Lederjoppen, fesche Wiener Fassung aus gutem braunem Leder . . . von 100.-
Fahr- od. Automäntel, elegante Formen aus braun. Nappaleder von 205.-
Wirtschaftspeize mit Kaninfütterung . . . 46.-
Sportpeize, braunmelierte Stoffbezüge mit Kaninfütterung und Schalkragen . . . 95.-
Sportpeize, graumelierte Stoffbezüge mit Skunks-Kanin gefüttert u. Opossumschalkragen . . . 120.-
Gehpeize schwarzer Tuchbezug, mit Kaninstückenfutter und Seal-Electrik-Rollschalkragen . . . 205.-
Chauffeurmäntel a. grau. Duffel mit warmem Futter und Aermelwindschutz . . . von 65.-
Jünglings-Sportanzüge mit Breechesose, in vielen Qualitäten und Mustern, . . . von 21.-

Anzüge aus Cottbuser gew. Cheviot, eisenfeste Qualität, in Streifen- und Karo-Mustern, Gr. 7-9 Sportform . . . 30.-
 Gr. 10-12 Sportform . . . 33.-
 Gr. 38-44 in Sport- u. Jackettform
Jünglings-Winterschlüpfer u. Ulster Gr. 38/43, streng mod., von **Knaben-Wintermäntel** in geschmackv. Dessins und Formen, Größe 0 . . . von 18.-
 Jede weit. Gr. erhöht sich entspr.
Knaben-Anzüge, Sport- u. grau u. meliert. Stoff. Gr. 7-12 12.-, Gr. 3-6 **Knaben-Pyjacks**, warm gefüttert Größe 0/3, in guten Qualitäten . . . 9.-, 12.50

Nacktpelze
 für die Landbevölkerung, Chauffeurs, Kutscher, Mitfahrer, Wächter und andere äußerst gut geeignet
Serie I gebrauchte . . . 25.-
Serie II gebrauchte . . . 35.-
Serie III wenig gebrauchte . . . 45.-
Serie IV neue . . . 75.-
 Die Pelze sind vom Umtausch ausgeschl.

Manchester-Anzüge Herr., Jackett ganz gef., m. Breeches. u. dreit. Gurt 36

In unserer Modellabteilung bringen wir eine Ausstellung vornehmer Sport-, Geh- und Damenpelze. Besichtigung ohne Kaufzwang erbeten.

Maßbekleidung in hervorragender Ausführung sehr preiswert

Baer Sohn A.G.

Eigene Kleiderwerke

Chausseestraße 29-30

In allen Abteilungen sind auch Qualitäten höherer Preislagen vorrätig

Der Versand nach außerhalb erfolgt in der Reihenfolge der eingehenden Aufträge gegen Vorauszahlung der Beträge zuzügl. 1.- M. für Porto u. Verpackung od. gegen Nachnahme

Theater, Lichtspiele usw.

Staats-Theater
 Opernhaus 7 Uhr: Carmen
 Opernhaus am Königsplatz 7 1/2 Uhr: Tiefland
 Schauspielhaus 7 1/2 Uhr: D. Journalisten
 Schiller-Theater 7 1/2 Uhr: Imen Morgen, Hr. Fischeri - Das Fest d. Handwerker
Volksbühne
 7 1/2 Uhr: Schneid, Wibbel
Deutsch. Theater
 8 Uhr: Der Kreis
 Kammerspiele 7 1/2 Uhr: Die tote Tante und andere Begebenheiten
 Theater i. L. Hauptstr. 8 Uhr: Erich XIV.
Kammerspiele
 8 Uhr: Der ungewöhnliche Kässian
 Th. a. Nollendorferpl. 7.30: Die Geliebte Sr. Bohelt mit Fritz Massary
Beginner Theater
 7.30 Uhr: Der süße Kavalier
SOALPA
 8 Uhr: Internat. VARIETÉ
Rose-Theater
 Dir. B. Rose
Alt-Heidelberg
 Anfang 7.45
LUNA-PARK
 Sonntag 4 Uhr voller Betrieb! Eintr. 20 Pf.
 Feuerwerk Konzert Tanz
Residenz-Th.
 Dir.: Fel. Meinhardt
 Täglich 8 Uhr
Die vier Schlaumeier
 Gute Jagden
 Sonntag 8 Uhr
 Sotzinger Str. 48
 Sorben 4861
Elite-Sänger
 Glänzendes Oktober-Programm
 Auf vielf. Wunsch "Pannemanns Liebestraum"
Theater am Cottbuser Tor
 Täglich 8 Uhr u. Sonntag nachm. 3 Uhr

Große Volksoper
 8 Uhr 8 Uhr
BALLET DIAGRILEN
 70 Personen
BALLETTE VON Chopin, Falla, Borodin

Rennen zu Hoppegarten
 Donnerstag, 9. Oktober
 nachm. 1 Uhr

Walhalla
 am Rosenthaler Tor
 Großes internationales Varieté-Programm!
 Anfang 8 Uhr
 Preise: 0.40 0.60 1.- 1.50 usw.

Trianon-Th.
 Tägl. 8 Uhr
Erika GIBNER in „Sie“
 Komödie v. Reiche
 Erich Kaiser-Tietz
 Rudolf Lettinger

Reichshallen-Theat.
 Abends 8 U. u. Stg. nachm. 3 Uhr
Stettiner Sänger
 Neu Mutter uff Reisen
 Kom. halbe Pr. i. voll. Abendpr.
Dönhoff-Brettli Herrlich.
 Anf. 7 1/2. Populäre Preise

Elite-Sänger
 Glänzendes Oktober-Programm
 Auf vielf. Wunsch "Pannemanns Liebestraum"
Theater am Cottbuser Tor
 Täglich 8 Uhr u. Sonntag nachm. 3 Uhr

Feierliche Eröffnung
 heute Donnerstag, den 9. Oktober 1924, mittags 12 Uhr, durch den Protektor der Ausstellung, Herrn Oberbürgermeister B88
Große fachgewerbliche Ausstellung für das gesamte Fleischergewerbe
 verbunden mit einer Mastviehschau u. Ausstellung landwirtschaftl. Maschinen u. Geräte
 In der neuerbauten Engroschalle Berlin NO 18
 Landsberger Allee 116-117
 Geschäftsstelle: Neue Engroschalle Landsberger Allee 116-117
 Ausstellungsanruf: Alexander 6090
 veranstaltet vom Reichsverband der Deutschen Großschlächter
 vom 9.-20. Oktober 1924
 Die Ausstellung ist für das Publikum am 9. Oktbr. 1924 ab 2 Uhr geöffnet

Komische Oper
 Direktion: James Klein
 8 Uhr Allabendlich 8 Uhr
 Die gewaltigste und größte Revue aller Zeiten:
Das hat die Welt noch nicht gesch'n
 Genial Kammeroper Leo Slezak über 250 Mitwirkende

Metallbetten
 Stahlmatratz., Kinderbetten dir. an Priv. Kat. 30A frel. Eisenmöbelfabr. Suhl Thür
Th. L. Gern.-Turnhalle
 Weidensee, Paterplatz 23
 Sonntags 7 1/2 Uhr:
 W. Heiden-Heinrich
Die tanzende Prinzessin
 Preise: 80 Pf. b. 2 M.

Kleines Th.
 Täglich 8 Uhr
Tilla Durieux in Ein idealer Gatte
 Jol. Falkenstein, Ferd. Busch, E. Sars, F. Lettinger, Adèle Sandrock,
Thalia-Theater
 7 1/2 Uhr Tägl. 7 1/2 Uhr
Zigeunerliebe
 Musik von Franz Lehár
Neues Theat. am Zoo
 Täglich 8 Uhr:
 Gastspiel
Adolf Philipp Die Reise nach Amerika
 3 Bilder aus dem Leben des Deutsch-Amerikaner

Central-Theater
 7 1/2 Uhr: G'wissenswurm
Deuts. Opernhaus
 7 1/2 Uhr: Die Jüdin
Intimes Theater
 8 Uhr: Liebeskonzert
 Tempo - Tempo!

Metropol-Theater
 Tägl. 7 1/2 Uhr:
Gräfin Mariza
 Th. L. Kommand. Str. Letzter Monat!
Mister
 8 Uhr: M. Globesrotter
 Stg. 3 1/2: Bildh. v. Dorn

Dramatisch. Theater
 Chausseestr. 30/31
 Ir. W. Dieterle
 7 1/2 Uhr:
Tolkien
 von Alfred Bruns

Krause-Pianos zur Miete
 Ansbacher Str. 1.
 1. für Karlsruherstraße

Circus Busch
 Tägl. 7 1/2, Sonnt. auch 3 Uhr:
Die Sensationen in der Luft
 Kapit. Roberts | Torrero-Manzanos
Todes-Strahlen | Spanische Kampfstiere
 9 1/2 Wassererschauflück 9 1/2
Carmen
 Gewalt. Wassereffekte!
 Sonntag nachm. zum Schluß:
 Märchen "Dornröschen"
 Spiel
 Erwachs. u. Kind. halbe Preise

Ziehungsbeginn schon morgen!
 Jetzt auch im Freistaat Sachsen behördlich genehmigt
Ziehung 1. Klasse 10. u. 11. Oktober
Preuß. Staatslotterie
 Gesamtgewinne in 5 Klassen ca. 21 Millionen Rentenmark
 Höchstgewinn 1. gl. Klasse: Eine Million Rentenmark
 Hauptgewinn:
500 000
300 000
200 000
150 000
100 000
 Ganze Halbe Viertel Achtel-Lose
 zu 24.- 12.- 6.- 3.- M.
 Porto und Liste 25 Pf. extra.
Schwarz Berlin
 Staatl. Lotterie-Einnahme
 Neue Königstraße 86 u. Neanderstraße 38
 Postcheckkonto: Berlin 311 50.
 Telegr.-Adresse: Glücksgott Berlin

Ende's Spez-Fabrik
Bettwäsche
 Diese Woche
Großer Aussteuer-Verkauf
 Hierzu stellen wir große Posten Qualitätsware zu konkurrenzlos billigen Preisen zum Verkauf. Bitte, machen Sie von dieser seltenen Gelegenheit ausgiebigen Gebrauch!
 Jeder Käufer erhält ein praktisches Geschenk, jeder 20. Käufer 1 Dutzend prima reinleinsene Küchenhandtücher gratis!
 Unser gutes Renommee bürgt für allerbeste Bedienung!
Bettbezüge, gutes Wäschetuch . . . 1.10, 6.45, 4.20
Bettbezüge, prima Leins . . . 10.-, 8.90, 6.60
Kissenbezüge, dazu passend . . . 2.20, 1.80, 1.40
Damast-Garnitur, 1 Deckb. 3 Kissen 28.-, 23.-, 16.00
Bettlaken, kräftige Stoffe, 6.-, 4.90, 2.25
Inlett-Oberbetten, garantiert echt türkischrot u. federleicht, 130/200 . . . 14.50
Rein Mako für feine Damenwäsche, 80 cm breit, Meter . . . 1.20
Bett-Garnituren, 1 Deckbett, ein Kissen glatt, ein Kissen garniert . . . 12.50, 16.75, 8.90
Damenhandtücher, gute Qualität . . . 1.85, 1.45, 1.25
Damenhandtücher, schönes Aussehen . . . 3.50, 2.50, 1.25
Damenhandtücher, dazu passend . . . 3.75, 2.60, 1.50
Fellertücher, 55/55 . . . 0.30
6 Stück . . . 1.60
Damenhandtücher, Handtücher . . . 7.50
Unterlaken . . . 1.75, 1.45, 0.85
 Fachmännische zuvorkommende Bedienung!
Riesen-Auswahl!
Stumpe Jäger
 Verkaufsstellen:
 Cottbuser Damm 73 / Landsberger Str. 56
 Dresdenner Straße 33 / Beusselstraße 27
 Charlottenburg, Wilmersdorfer Straße 37.
 Geöffnet von 9-7 Uhr

ATA
 HENKEL'S SCHEUERPULVER

Ein Radiofunk ist einpassiert! Vom Engel, der den Mond poliert: Für Ata-Sendung besten Dank, Jetzt putzt er sich noch mal so blank! Ata putzt alles blitzblank!

Apollo
 8 Uhr Theater 8 Uhr
 Direktion: James Klein
Die erste große Revue Posse
Das lachende Berlin
 In den Hauptrollen:
Paul Beckers (als Gast)
Senta Söneland
Eise Balzer-Lichtenstein
Erich Poremski
Eise Reval
3 Manleys The Twins
Giorgi v. d. Scala Mailand
 Unter anderem:
 Die lebende Schreibmaschine
 Das Massen-Himmelsbett
 Die Wembley-Ausstellung
Parkett 2,50
 Kleine Eintrittspreise
Achtung, Reifautoteure! Raufe leben sollen gebrauchte Dajazzo-Wppacafe. Zubehörr, Charlottenburg, Wilmersdorfer Straße 44, Hof II.

Aus dem deutschnationalen Parteilager.

„Zum Treubruch am 29. August“.

Die Deutschnationalen, die aus ihrer eigenen Presse nichts über die Vorgänge in ihrer Partei erfahren, gewöhnen sich mehr und mehr daran, den „Vorwärts“ zu lesen. Wir haben uns daher entschlossen, aus einer Festschrift des Prof. Dr. Haug des einst führenden Publizisten der Deutschnationalen Württemberg, einiges wiederzugeben, was auch für unsere alten Leser interessant sein dürfte.
Red. des „Vorwärts“.

Ein hartes Richteramt blieb dieser Niederschrift vorbehalten. Während man sonst in Deutschland vielerorts scharf ins Gericht geht mit den Männern leitender Bestimmungsgemeinschaft, die dem nationalen Gedanken die schwerste Niederlage zugefügt haben, findet sich in Württemberg anscheinend niemand, der diese Abrechnung vornehmen will oder kann, obgleich von sieben deutschnationalen Abgeordneten Württembergs vier mit schuldig und der württembergische Staatspräsident Bazille dabei auch noch an anderen fraktionsgenossen zum Verführer geworden ist. Bisher ist ein allgemein wirkendes Hindernis teils die parteipolitische Gebundenheit, teils die geschäftliche Rechnungsträgerrolle der Presse, wodurch man mundtot gemacht ist.

So wird es für den Verfasser zur sittlich-politischen Pflicht, diesen Bann zu brechen und vor willigen oder unwilligen Lesern jenen in aller Parteigeschichte beispiellosen Umfall zu beleuchten, der voraussichtlich auf lange hinaus aufs nachteiligste für den nationalen Gedanken wirken wird.

Jeder Politiker, jeder Abgeordnete kann vorwurfsfrei keine Meinung ändern, wenn es ehrlich und offen geschieht. Tut er dies in tiefergreifenden Fragen, so wird er sich von seiner leitenden Partei trennen. Rügen darüber Auseinandersetzungen entstehen, sie bleiben häuslicher Streit und können, so sehr man sie in den davon betroffenen Lagern tadeln und beklagen mag, keinen Gemeinshaden stiften. Der Umfall der 45 (49 Red. d. „V.“) deutschnationalen Abgeordneten und die damit verbundene Gesamthaltung der deutschnationalen Volkspartei anlässlich der Abstimmung vom 29. August ist anderer Art. Dabei sei ganz abgesehen von der Ueberforschung im letzten Augenblick, mit der

den Umfall die Wirkung eines Knallschlags gewinnen ließ. Was den Vorgang so unschuldig macht, geht tiefer. Der Umfall erfolgte in der Grundfrage, die das Wesen und sogar den Namen der Deutschnationalen Partei beherrscht, er geschah unter Aufrechterhaltung des Parteiverbands, unter Entschuldigung und Dekung durch die Parteileitung, ebendamit unter Mitschuld der Gesamtpartei. Darin liegt ein Treubruch nicht nur gegenüber der Wählerschaft, die sich zum mindesten bei den höchsten Anliegen der Nation auf die Standfestigkeit der Partei verlassen zu können glaubte, sondern auch, was mehr ist, ein Treubruch am nationalen Gedanken und an der nationalen Zukunft.

„Reif sein ist alles“, zitierte Herr Bazille. Diese Stelle in „König Lear“ handelt vom — Sterben. Der geblendete Oester, der Leiden hat, will nicht weiter stehen und sagt: „Man kann auch hier verkaufen.“ Edgar redet dem Vater die „Schweren“ aus. „Du bist — ruft er — „muß der Mensch sein Scheiden aus der Welt wie seine Ankunft: Reif sein ist alles.“ Bazille und die anderen Abgeordneten hatten nicht den Mut, das deutsche Volk zu ermuntern: Du bist vom Schicksal noch lange nicht reif befunden, den politischen Tod als freie Nation zu erdulden. Wieder stimmten sie in das schmer- und schwachmütige Wort ein: Das deutsche Volk kann auch hier verkaufen, verkaufen in Verflistung und Ehrlosigkeit. Aber löse man das Wort von Reif-sein aus seinem Zusammenhang. Wer kann glauben, daß das deutsche Volk auf solchem Wege und unter solchen Führern jemals reif werden könne für eine Befreiung?

Die „akute Krise“, welche die Partei zu vermeiden trachtete, war die Reichstagsauflösung.

Wer in den letzten Augusttagen in die Presse blickte, der hätte glauben können, daß es nichts Entschlüsseres gebe als eine Neubefragung des Volkes um die Gestaltung seiner Geschichte. Gewiß ist bei dem jetzigen Hause wahrhaftig jede Reichstagswahl etwas Unberechenbares, aber wer trotz diesem Wahrspruch auf dem Boden des Parlamentarismus tritt, der kann es doch nur tun im Vertrauen darauf, daß selbst unter dem elendesten aller Wahlsysteme (1) der gesunde Sinn des Volkes immer wieder einmal durchbrechen muß. Die deutschnationale Volkspartei hatte durch die Reichswahlen einen großen Zuwachs erfahren, dagegen waren die Wahlen im Nationalen durchaus zuverlässigen Wählern ebenfalls zu beträchtlicher Stärke gekommen. Und unter solchen Umständen wollte eine sich zur Führung des Volkes berufen führende Partei von vornherein daran verzweifeln, daß ein um das Londoner Abkommen geführter Wahlkampf der nationalen Sache den Sieg bringe. Die Deutschnationalen haben durch ihre feige Scheu vor Neuwahlen sogar ihre gegenwärtige Stärke entwertet. Diese Partei ist jetzt die Gefangene ihres Schwachmuts; jederzeit kann sie wiederum mit der Auflösung bedroht werden, und jetzt hätte sie Neuwahlen erst recht zu fürchten.

In höchsten Lebensfragen der Nation muß eine Partei unbedingt und auf jede Gefahr hin kämpfen. Unterliegt sie dabei, so hat sie wenigstens ihre Ehre gerettet und mit der Ehre die innere Kraft, die sie vielleicht schon das nächstmal wieder zum Siege tragen kann. Eine Partei mag die verlieren, verloren ist sie nur, wenn sie sich selbst verliert. Die deutschnationale Volkspartei hat ihren Wesens-, ja ihren Namensgrund verloren, als sie dem letzten politischen Kampf gegen die Verflistung auswich. In demjenigen Teil der deutschnationalen Presse, der die Vorgänge entschuldigend findet, man darf kein Gefühl, da ist nur davon die Rede, daß die Sozialdemokratie sich große Hoffnung auf Neuwahlen gemacht, daß man ihr diese Freude verheißt, und daß ihr nun die „Helle davon geschwommen“ seien. Nun ist dies nicht einmal gewiß; es ist sehr gut möglich, daß die Deutschnationalen mit ihrem Umfall geradezu der Sozialdemokratie wieder in den Sattel helfen. Aber wenn je diese parteipolitische Schadenfreude zuträfe, zählt man dafür einen solchen entsetzlichen Preis?

Ist die Fernhaltung der Sozialdemokratie von der Regierung es wert, die Zustimmung zur Verflistung der deutschen Nation zu geben?

Man muß schon die „Abschlachtung“ aller nationalen Männer und ähnliche Greuelgespenster als Folge einer neuen sozialdemokratisch beherrschten Regierung an die Wand malen, wenn man es einigermaßen entschuldigen will, daß die deutschnationale Volkspartei in der Abhängigkeit der Gefahren des Londoner Abkommens gegen diejenigen eines Antikurses so sehr jeden Maßstab verloren hat.

Hat nun aber diese Partei die Gefahren eines Antikurses tatsächlich gebannt, auch nur wenigstens für den Augenblick gebannt?

Die vergeblichen Versuche, hierfür einen „öffentlichen Fernsprecher“ zu finden, haben das Erscheinen dieser Abrechnung verzögert. Doch die „intellektuelle Redlichkeit“, die auch in der Politik und gerade für den nationalen Gedanken unerlässlich ist, kann niemals zu spät kommen.

Nach den Kundgebungen der Parteileitung könnte man es glauben, Da wird versichert, daß die „nationale Opposition“ sich jetzt „zu mitwirkender“ — „Teilnahme an der deutschen Politik anschickt“. Diese Versicherung greift den Tatsachen weit vor. Die deutschnationale Volkspartei schiebt sich nicht an zur Teilnahme an der Regierung, sie hat sich lediglich dazu angetragen.

Und die Zusagen, die sie auf dieses Anklopfen erhielt, haben nicht mehr wert als den von Rangleitern. Selbst die verhältnismäßig bestimmte Zusage der Deutschen Volkspartei geht aus auf eine „ihrer Bedeutung entsprechende“ Beteiligung der Deutschnationalen an der Reichsregierung. Das ist ein schwankender Begriff und bedeutet keinen einlöslichen Wechsel auf den Posten des Außen-

Beim Augenarzt.



„Ich muß Ihnen den ärztlichen Rat geben, aus der Deutschnationalen Volkspartei auszutreten. Das dauernde Schielen nach Ministerstellen hat Ihr Augenleiden bedeutend verschlimmert.“

ministers, geschweige denn des Reichstanzlers. Sollte es richtig sein — und eine Befreiung ist nicht bekannt geworden — daß Herr Hergt dem Zentrum Reichstanzler angeschlossen hat, daß er seinen Platz an einen Deutschnationalen abtrete, so könnte man

über diese Realität eines ergrauten Parteiführers nur staunen.

Gerade vom Zentrum haben die Deutschnationalen nur ganz unverbildliche und unfaßbare „Feststellungen“, die noch weiter entwertet wurden durch die alsbaldige Erklärung, daß das Zentrum seinerseits durch die Zusage der Deutschen Volkspartei in keiner Weise gebunden sei. Und wenn nun je die Streifenmännchen Reichstagsfraktion „mit allen Mitteln“ — wird sie wohl ihre eigenen Regierungshilfe streifen? — auf der „entsprechenden“ Regierungsbeteiligung der Deutschnationalen „bestehen“ sollte, so ist doch die Deutsche Volkspartei selbst nur ein kleiner Teil der gesamten Regierungskoalition, die die Wahl zwischen ihrem seitberigen Fortbestand, zwischen ihrer Umgestaltung zu einem „Bürgerblock“ oder aber zwischen einem abermaligen Versuch mit der „Großen Koalition“ ohne Deutschnationale schließlich in ihrem Eigennutz treffen wird. Der Umfall der Deutschnationalen wäre sogar dann nicht zu rechtfertigen, wenn man ihr sofort die maßgebenden Regierungshilfe eingeräumt hätte; was aber soll man dazu sagen, daß die Partei den Preis für ihren Treubruch nicht einmal festgemacht, sondern sich mit faulen Wechseln begnügt hat.

Seit wann übrigens gelangt eine Partei dadurch zur Macht, daß sie sich unter Preisgabe ihrer Ueberzeugung in die Regierung hineinbettelt? Und welche erstaunliche Geschäftlichkeit in der „Lalü“ der Deutschnationalen, wenn man an die Tage nach den Reichswahlen zurückdenkt. Damals hätte die Partei maßgebenden Einfluß in der Reichsregierung gewinnen können, wenn sie damals schon auf den Boden der Erfüllungspolitik hätte treten wollen, und dann hätte sie auch die Führung der Londoner Verhandlungen in die Hand bekommen können. Sie hat dies damals abgelehnt, mit vollem Recht. Welchen Sinn aber hat es da, jetzt, nachdem das Londoner Abkommen ohne sie, ja gegen sie abgeschlossen worden ist, in die Regierung einzutreten, um an der Ausführung eines Abkommens mitzuwirken, für das nicht verantwortlich zu sein die Partei hätte guttrot sein müssen?

Es ist ja Schwindel

— mit bestem Willen kann man keinen milderen Ausdruck gebrauchen — wenn die Parteileitung es so darstellt, als ob das Londoner Abkommen „im Sinn einer stetigen Verbesserung“ durchgeführt werden könnte. In einem Vertrag, den man unterschrieben hat, ohne daß man vor der Unterschrift das Gewünschte hätte erreichen können, läßt sich hinterher nichts mehr verbessern. Da bleibt nichts anderes übrig, als sich in die übernommene Verpflichtung zu schließen. Es wäre nichts nach außen wie nach innen gefährlicher, als wenn nunmehr die Deutsche Regierung bei der Durchführung des Londoner Abkommens alsbald wieder mit Hemmungen, Sperrungen, Widerstreblichkeiten begannen sollte, die ihr nicht anders denn als „Sabotage“, als Hintertreibung ausgelegt werden könnten. Diejenigen, die jetzt geblieben sind in der Verwerfung des Londoner Abkommens, wie insbesondere die Württembergischen und der Altdeutschen Verband, die dürfen mit Fug und Recht auf den Tag hoffen, da das

deutsche Volk den Londoner Vertrag samt dem Verfasser zu zerreißen vermag; beide Verträge können nur zusammen zerrissen werden. Wer aber das Londoner Abkommen gutgeheißenen und mitgemacht hat — und dies sind kraft ihres Umfalls jetzt auch die Deutschnationalen — der kann und darf nicht schon beim Beginn der Durchführung die übernommene Verpflichtung wieder behindern wollen; sonst bringt er sich auch noch um die teuer erkauften Früchte der Unterwerfung.

Zwei Gründe müssen noch gestreift werden, die auf den Umfall der Deutschnationalen von Einfluß gewesen sind. Der eine ist der Zoll. Die außenpolitischen Belange hätten die Zurückhaltung der Zollvorlage bis nach der Londoner Konferenz erfordert, dann hätte das Verlangen Frankreichs, das mit Eiderheit zu gewärtigen war, auf Eröffnung sofortiger Handelsvertrags-Verhandlungen am einfachsten abgewiesen werden können. Statt dessen ist die Zollvorlage so verdächtig mitten in den Kampf um den Dawes-Plan hineingefahren worden.

Es ist auch kein Geheimnis, daß im Landbau, diesem keineswegs gleichwertigen Nachfolger des einstigen ehrenfesten kampfmühtigen Bundes der Landwirte, gewisse Kreise sich für den Zoll mehr besorgten als für die Abwehr des Dawes-Plans.

Den Schaden davon hat die Sache des Schutzzolles selbst. Es ist nun, zum Teil auch in nationalen Kreisen, ein Argwohn gegen ihn erregt. Denn für eine an sich gerechtfertigte und notwendige Sache — und dies ist der Schutzzoll — zahlt man keinen Preis, es wäre denn einen so unergieblich hohen. Es war eine Ungeschicklichkeit und eine Unschicklichkeit zugleich, unmittelbar nach dem Umfall vom 29. August die Zollvorlage aufs Tapet bringen zu wollen. Die Strafe, die Niederlage, folgte auf dem Fuße.

Das Zweite, was hereinspielte, war — Gott sei's geflagt — das Geld.

Die Deutschnationale Volkspartei hatte es nicht fertig gebracht, die zu ihr stehenden Industriezweige von ihrem törichtesten Starren auf die Anleihe abzubringen. Diese 800-Millionen-Anleihe ist ja keine Anleihe für Deutschland — das deutsche Volk darf nur die Verzinsung und Tilgung für die Anleihe aufbringen — es ist vielmehr, kurz gesagt, eine Anleihe für Frankreich, eine Entschädigung für Frankreich vor allen, aber auch für die übrigen Gläubigermächte, für den Ausfall unmittelbarer deutscher Reparationszahlungen im ersten Jahr. Soweit Geld aus der Anleihe nach Deutschland fließt, geschieht es nur für Sachlieferungen, die Deutschland weiterhin und in noch verstärktem Ausmaß aufzulegen bleiben und bei denen die deutsche Industrie mit Verlust arbeiten wird im Vergleich zu den Preisen, die sie auf dem freien Markt der Gläubiger-Mächte erlangen könnte. Angesichts dieses Teilbestandes bezüglich der Anleihe hat denn auch Reichsfinanzminister Luther im Reichstag sich darauf zurückgezogen, diese Anleihe auf den Namen des deutschen Staats werde der „Schrittmacher“ sein für weitere Auslandskredite an die deutsche Industrie. Ob sich diese Hoffnung bewahrheitet, wird man ja sehen; für gewöhnlich pflegt ein gewaltiger Pump, für den schon alle Wertgegenstände und Einkünfte verpfändet sind, nicht gerade zu weiteren Vorstößen an denselben Schuldner geneigt zu machen. Der deutsche Industrielle aber, so tüchtig und weitblickend in seinem Geschäft, in der Politik dagegen so schwach wie die meisten seiner anderen Volksgenossen, brachte weder die Kraft auf, gegen die einseitige Kreditpolitik der Reichsbank nachdrücklich aufzubegehren, noch die Einsicht, wie gerade er das größte und dringendste Interesse daran hat, daß das bei der Geldentwertung verdickte Grundwasser des inneren Kredits durch verständige und gerechte Aufwertung wieder zum Fließen gebracht wird. Statt dessen fuhr er fort, der „Anleihe“ mundergläubig entgegenzuarbeiten. Nun hat sich ja auch das politische Leben leider industrialisiert, ohne Geld sind keine Wahlen zu machen. Ganz ohne Geld wäre freilich die Deutschnationale Volkspartei nicht gewesen und geblieben,

aber ihr Idealismus hatte nicht so viel Schwung, daß ihr nicht vor Wahlen ohne das diese Geld der Industrie gegrout hätte.

Armes Deutschland, das in Verflistung fallen muß, weil der Geldbesitz, soweit er überhaupt auf nationaler Seite vorhanden ist, nicht notwendig an die politische Einsicht und den politischen Mut geknüpft ist!

Gegen Krebs kann nur eine Operation helfen. Die Reinheit einer Partei ist unendlich viel mehr wert als eine doch nur gemeinte, innerlich geteilte Einheit und die Kraft einer Partei liegt nicht in der Fortjristung einer schließlich doch jederzeit bedrohten Zahl von Söhnen, sondern in der Unantastbarkeit ihres Geistes. Wird diese nicht wieder hergestellt und zu unerbittlicher Schärfe geschliffen, so mag es wohl sein, daß von diesem 29. August 1924 an die Geschichtsbücher ein die Befestigung dieser parlamentarischen Republik und erst die eigentliche Niederholung der schwarzweißen Fahne herschreiben wird.

Wir Deutschen der Gegenwart sind so vielfach kein ernstes Volk mehr, am wenigsten in der Politik. So kann es wohl sein, daß auch diese Schrift den heilsamen Zweck „goldener Rückblickslosigkeit“ verfehlt. Soweit man sie nicht ausschweigen kann, werden die ärmlichen Einwände wieder hervorgeholt werden, und vielleicht kehrt sich der Unmut, der sich gegen den

Umfall und Treubruch

wenden müßte, gegen seine offene und rückhaltlose Abstrafung. Aber diese Schrift ist nicht aus einer Einbildung hervorgegangen. Wo Wahrheit und Ehrlichkeit im Spiele sind, da muß jeder seinen Mann stellen, einerlei ob andere ihn dazu berufen finden oder auch, ob er „dem Gegner nützt“. Wichtiger als eine vorübergehende Schadenfreude des Gegners ist die Läuterung bei den Freunden. Auch läßt sich das sittliche Recht zur Kritik am Gegner nur dadurch wahren, daß man auch den feindbar gewordenen Freund nicht schon, andernfalls artet die politische Kritik in Parteizank und Klopffecherei aus. So kann es für den Verfasser dieser Schrift nur heißen: „Scripta et salvavi animam meam.“ (Ich habe es geschrieben und meine Seele gerettet).

Der Weltfriedenskongress.

Letzter Verhandlungstag.

Am gestrigen Mittwoch hatte der Weltfriedenskongress seinen „großen Tag“. Graf Coudenhove-Calergi war gekommen, um seine Idee „Pan-Europa“ zu verteidigen. Schon lange vor Beginn der Sitzung war der Saal überfüllt. Mit stürmischem Beifall wurde der Redner empfangen. Er führte aus:

Ich begrüße Sie im Namen der pan-europäischen Union, deren Ziel der Friede Europas und der Welt ist. Pan-Europa ist der Weg zur Erweiterung des Völkerbundes über den Erdkreis. Die Erweiterung des Völkerbundes durch den hinzutritt Nordamerikas und Australiens ist das höchste Ziel jedes Anhängers des Friedens und der Weltorganisation. Pan-Europa muß neben bzw. innerhalb des Völkerbundes existieren. Es ist ein Verbrechen am Pazifismus, einen

künstlichen Gegensatz zu konstruieren zwischen diesen beiden Organisationsformen.

Pan-Europa hat die Aufgabe, diejenigen europäischen Probleme zu lösen, die für den Völkerverbund unlösbar sind.

Der Völkerverbund aber wird auch nur dann ein umfassendes Idealgebilde, wenn er an die Stelle seines bisherigen Zentralismus eine föderale Gliederung setzt. Eine solche Gliederung würde es einerseits den Vereinigten Staaten von Amerika gestatten, im Rahmen der panamerikanischen Union dem Völkerverbund beizutreten, ohne eine Verletzung der Monroe-Doktrin zu befürchten — andererseits kann die Sowjetunion beitreten, ohne eine fremde Einmischung in ihre innere Politik zu riskieren. Cecil's Garantiepakt, worin zum erstenmal praktisch ein Bekenntnis zur kontinentalen Gliederung der Welt abgegeben worden ist, mußte scheitern, weil er die politischen Kontinente mit den geographischen identifiziert. Nur die Anerkennung des prinzipiellen Unterschiedes zwischen dem politischen und geographischen Kontinentalbegriff ermöglicht eine regionale Gliederung der Welt.

Der heutige Völkerverbund umfaßt in der Hauptsache vier Staatengruppen: 1. das britische Weltreich, 2. Lateinamerika, 3. den europäischen Kontinent, 4. Ostasien. Die amerikanische Staatengruppe ist unvollständig, solange sie nicht durch den Hinzutritt der nordamerikanischen Union zu einer panamerikanischen Gruppe erweitert. Die fünfte Staatengruppe, die sich bisher von Genf fernhielt, ist die Union der föderierten Sowjetrepubliken. Von diesen 5 Gruppen, deren internationale Zusammenarbeit im Rahmen des Völkerverbundes nötig und möglich ist, hat jede einzelne ihre besonderen Probleme, die nicht mehr auf nationaler, aber auch noch nicht auf internationaler Basis lösbar sind. Deshalb erfordert sie neben dem Genfer Forum für ihre Fragen eine besondere Instanz. Das britische Weltreich hat diese Instanz in der Londoner Reichskammer, auch Panamerika und Sowjetrußland sind bereit organisiert. Nur Europa und Ostasien sind in dieser Hinsicht rückständig, und deshalb fordert das paneuropäische Programm die Gründung eines eigenen Bureau, dessen Funktionen zunächst denen des lateinamerikanischen in Genf entsprechen. Zweifellos sind

die Genfer Beschlüsse bereits ein großer Fortschritt der Friedensidee, aber der Weltfrieden wird erst an dem Tag definitiv gesichert sein, an dem es keine unzerdrückten Nationen mehr gibt.

Durch die Ergebnisse des Weltkrieges ist ein Dauerfrieden in Europa in Zukunft immerhin möglich, große Gefahr droht jedoch von Asien her, wo große Kulturenationen unterdrückt sind. Bei der gegenwärtigen Weltlage und den bestehenden Institutionen, sie zu regulieren, stehen diese unterdrückten Völker vor der Wahl: Kriege durch den Völkerverbund oder Freiheit durch Moskau. Durch diesen zwiespältigen Zustand droht im Osten ein neuer Weltkrieg. Soweit die europäischen Völkerverbände ihn nicht verhindern können, ist es ihre Pflicht, dessen Uebergreifen auf Europa durch die Gründung Pan-Europas zu verhindern. Sollte sich eines Tages Japan an die Seite Rußlands stellen, dann ist der Völkerverbund machtlos. Das junge Europa drückt sich zum Völkerverbund, das junge Asien zum Nationalismus, und deshalb ist es falsch, das Schicksal Europas mit dem Schicksal Asiens zu verketten. Europäische Fragen müssen auf paneuropäischen Konferenzen erledigt werden, nur absolut internationale durch den Völkerverbund. So wäre zum Beispiel eine russisch-europäische Union heute ein Tummelplatz für demokratische und sowjetistische Interessensvertretungen, während man sich darüber klar sein muß, daß ein Zusammenschluß erst möglich ist, wenn Europa sowjetisch oder Rußland europäisch wird. Der europäische Frieden läßt sich nur aufrechterhalten durch eine Stabilisierung der heutigen Grenzen, ergänzt durch deren sukzessiven Ausbau in strategischer, wirtschaftlicher und nationaler Hinsicht. Die strategischen Grenzen sollen aufgehoben werden

durch einen paneuropäischen Garantiepakt, die wirtschaftlichen Grenzen durch paneuropäischen Freihandel, die nationalen Grenzen durch paneuropäischen Minderheitenenschutz. Die dringendste Forderung paneuropäischer Außenpolitik bildet eine enge Entente zwischen der nun einmal bestehenden britischen und zu schaffenden europäischen Gruppe, die reale und ideale Garantie der englischen Sicherheit durch Europa und das zügigste Einvernehmen mit Panamerika. Jeder Versuch, Mißtrauen zwischen diesen beiden Komplexen, die im Interesse des Friedens und der Kultur so innig aufeinander angewiesen sind, zu lösen, ist Verrat am Pazifismus. Pan-Europa ist keine Konkurrenz des Völkerverbundes, sondern seine Ergänzung. Es führt zur Ausgestaltung und Vervollständigung des Wertes von Genf. Die paneuropäische Union erstrebt eine föderative Einigung unseres Erdteils. Sie ist notwendig, denn es gibt außer einer Weltföderation auch noch eine europäische Solidarität. Heißen Sie den großen Gedanken der Vereinigten Staaten von Europa zu verwirklichen im Namen des Friedens, im Namen Europas, im Namen der Menschheit! — Der Vortragende fand für keine Ausführungen fürwärtigen Beifall. Seine Gegner, deren insofern der führenden Pazifisten nicht wenige zu sein scheinen, hatten einen schweren Stand.

Professor Walter Schädling meinte, Amerika würde durch seine vorläufige Beteiligung an der bevorstehenden Abrüstungskonferenz sowie immer mehr in den Völkerverbund hineinwachsen, und ebenso würde Rußland aus wirtschaftlichen Gründen immer mehr den Anschluß an Europa suchen müssen. Wir haben heute bereits erreicht, daß man nicht mehr sagen kann, wie in diesen Tagen eine Berliner Tageszeitung, die Pazifisten sind zwar gute Menschen, aber schlechte Ruslanen; es sind unsere Weibchen, nach denen jetzt die diplomatischen Vertreter von 55 Kulturstaaten tanzen. (Stürmischer Beifall.) Wenn das Genfer Protokoll verwirklicht wird, sehen wir die weiße Flagge des Friedens über der ganzen Menschheit. Die

Kontinentale Assoziation ist eine Gefahr für den Völkerverbund, wobei ist das Verhältnis Panamerikas zum Völkerverbund geklärt, noch würde sich England ausfinden lassen. Außerdem ist eine militärische Hegemonie Frankreichs zu befürchten. Nicht jede innere Gliederung des Völkerverbundes ist grundsätzlich abzukündigen. Möglicherweise sind die Kontinente unabhängige Zweckverbände zwischen Weltmacht und Einzelstaat. Im großen und ganzen können die bestehenden Probleme auch durch den Völkerverbund gelöst werden, nötigenfalls auch unter Einfluß einer internationalen Polizei. — Dr. Gothein betonte die Notwendigkeit des allgemeinen Freihandels, warnte aber vor Illusionen, zu glauben, daß dieser durch den Völkerverbund eingeführt werden würde. Ein großes Wirtschaftsgebiet zu schaffen, sei die Aufgabe Pan-Europas. — Warm trat General a. D. Dr. Schönau für Pan-Europa ein, indem er begründete, daß bei der Schwierigkeit der gesamten Weltinteressen dem Völkerverbund durch ein einiges Europa nur geholfen werden könne. Auch Dr. Simons führte unter dem Beifall der Versammlung aus, daß die Friedensbewegung sich auf dem Wege begeben würde, wenn sie Pan-Europa gegen den Völkerverbund ausspielen.

Am Nachmittag wurden eine Reihe Entschuldigungen angenommen, sowie Anregungen und Anträge der Propaganda-Kommission, u. a. auf Vorarbeiten zur Herausgabe eines internationalen Friedensjahrbuches und solche, in denen der Völkerverbund und die Parlamente der einzelnen Staaten aufgefordert werden, sich für ein gesetzliches Verbot der Aus- und Einfuhr von Waffen und Munition und für die Verstaatlichung der Waffen- und Munitionsfabriken einzusetzen. Beschlössen wurde außerdem mit Rücksicht darauf, daß die wirtschaftliche Realität eine der Hauptursachen sei und die Verschiedenheit der Arbeits- und Lohnbedingungen immer wieder Konflikte hervorbringe, die Überlegung einer internationalen Konferenz für ökonomische Arbeit von Völkerverbund zu verlangen, da es von größtem Interesse ist, den Freihandel schnellstens durchzuführen und die Einheit der Arbeitsbedingungen

auf der Grundlage des Maximal-Arbeitsentgeltes herbeizuführen. Der Kongreß erlud schließlich das Internationale Arbeitsamt in Genf, nicht nur darüber zu wachen, daß der Maximal-Arbeitsentgelt in allen Ländern durchgeführt wird, sondern auch zu versuchen, einen Weltindex auf Grundlage der

Severing im Kreuzfeuer.

Antwort auf die Angriffe der Deutschnationalen, Kommunisten und Hannoveraner.

Der Landtag setzte gestern die Beratung des Haushalts des Ministeriums des Innern fort.

Abg. Prelle (Dt.-Hann.) erklärt, die Polizei dürfe auf keinen Fall parteipolitisch eingestellt sein. In der Zeit des alten Regimes nahmen die Klagen darüber, daß die Polizei als Instrument der Parteipolitik benützt wurde, kein Ende. Aber auch heute ist auf diesem Gebiete noch lange nicht alles in Ordnung. In der Provinz Hannover z. B. wird die Polizei als Instrument der Verpöschung mißbraucht. Redner führt detaillierte Klagen über Schikanierung der hannoverschen Bewegung und greift u. a. auch den Minister Severing und frühere Verwaltungsbeamte an.

Abg. Barteld-Hannover (Dem.) stellt fest, daß auch der Vordner hinsichtlich der Rechte- und Versammlungsfreiheit gegenüber der Vortragszeit eine Besserung nicht ableugnen könne. Die preußische Polizei habe nach dem Kriege unter dem Druck der Entente dauernd umgestaltet werden müssen. Mit der Reorganisation der Polizei sei ein großes Werk zustande gebracht worden, für dessen Durchführung allen Beteiligten Dank gebührt. Die Deutschnationalen beschwerten sich über die Maßregelung von drei Polizeioffizieren, die eine Ergebenheitsadresse an den ehemaligen König mitunterzeichnet haben. Wir können uns im Gegenteil darüber wundern, daß der Minister in diesem Falle nicht schärfer eingeschritten ist. Er hat auch nach dem Kapp-Putsch gewissen Polizeioffizieren gegenüber eine Duldsamkeit bewiesen, die doch vielleicht zu weit ging. Wir können und wollen unpolitischen Beamten gegenüber duldsam sein, aber der Staat hat sich sehr wohl um die Gesinnung seiner politischen Beamten zu kümmern. Das hat auch Bismarck 1892 ausdrücklich betont und Fürst Bülow übernahm seine Worte ohne jede Einschränkung. Preußen ist eine Republik; da können wir nicht dulden, daß politische Beamte öffentlich „Heil Dir im Siegerkranz“ singen.

Dem Johanniterorden.

Der jetzt eine ganz andere Haltung als vor 1914 befinde, die dem „königlichen Landesherren“ Treue und Gehorsam zu geloben vorläßt, gehörten auch zahlreiche Polizeioffiziere an. Der zurzeit regierende Meister sei der Prinz Eitel Friedrich von Preußen in Vertretung des abwesenden Königs; er nenne sich in der Aufnahmeurkunde „von Gottes Gnaden“. (Große Heiterkeit links.) Die Ordensstatute endeten mit „Er Majestät der Kaiser, hurra!“ Gegen solche Ordensmitglieder, die sich in leitenden Stellen befinden, müsse der Minister sofort das Disziplinarverfahren eröffnen. Auch die leitenden Beamten in der Provinz schienen diesen unausgesprochenen monarchistischen Kundgebungen gegenüber nicht die nötige Entzogenheit an den Tag zu legen. Die Gründung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold habe er, wie alle Demokraten, mit großer Freude begrüßt; habe doch Bennigsen im „Deutschen Nationalverein“ diese Fahne für die Einigung Deutschlands vorangetragen!

Minister des Innern Severing:

Auch ich bin mit sämtlichen Vordnern der Meinung, daß die Polizei ihre hohe Aufgabe der Sicherung des einzelnen und des Staatsganzen nur erfüllen kann, wenn sie wirtschaftlich gut gestellt ist. Bei meinen Bemühungen um eine zufriedenstellendere Gestaltung des Etats für 1925 werden mir diese Äußerungen aus dem Hause eine wertvolle Stütze sein. Den Beweis dafür, daß die Polizei zu parteipolitischen Zwecken gemißbraucht worden sei, hat der Abg. Prelle nicht erbracht. Wenn die Polizei im Jahre 1923 alles getan hat, um einen Erfolg der Welfen zu verzeichnen, so war das nicht ihre parteipolitische, sondern ihre staatspolitische Pflicht. (Sehr wahr.) Es müßten merkwürdige Beamte sein, die man gewähren ließe, Preußen zerstückeln und einen Staat Hannover aufrichten zu helfen. Ich spreche allen Polizeibeamten, die ihre Pflicht getan haben, auch hier den Dank und die Anerkennung der Staatsregierung aus. Auch dafür, daß durch die Polizei die freie Meinungsäußerung unterdrückt wurde, ist Abg. Prelle den Beweis schuldig geblieben. Die Beschwerden des Abg. Prelle werden mich nicht veranlassen, die hannoversche Polizei anzumelden, von ihren Maßnahmen Abstand zu nehmen; im Gegenteil, ich habe in den letzten Tagen Anweisung gegeben, der welfischen Agitation noch schärfer als bisher gegenüberzutreten. Nach amtlichen Berichten hat der frühere Herzog von Braunschweig

es für seine Aufgabe gehalten, einzelne Orte in Hannover zu besuchen, und er ist dabei von Kriegervereinen, Ehrenjungfrauen usw. empfangen worden. Wenn der frühere Herzog von Braunschweig tatlos genug ist, diese Zeit der politischen Notlage noch zu verklämmern, durch seine Besuche, so kann er sich nicht wundern, wenn die Polizei ihn überwacht. Was ist aus dem schönen Hannover im vergangenen und auch in diesem Jahre geworden? Alles, was sich im besetzten Gebiet nicht hat ausbreiten können, ist nach Hannover gegangen. Ferner sind Kongresse und Tagungen in Hannover abgehalten worden. In Verfolg dieser Entwicklung hat natürlich auch das Dienstenwesen in Hannover zugenommen. Die Polizeipräsidenten sind 1919 ernannt worden; es kann also nicht die Rede davon sein, daß dadurch, wie der Abg. Wehenthin ausgeführt hat, die nationalen Elemente bei der Schuppel zurückgedrängt worden sind. Bei Hungerrevolten hat die Schuppelbeamten Anweisung, nach erfolgter gültiger Aufforderung zum Auseinandergehen scharf einzuschreiten. Dies hat sich bald herumgesprochen und die Plünderungsversuche sind völlig zurückgegangen. Die Koalitionsfreiheit der Beamten aufzuheben, bin ich nicht in der Lage, oder Auswüchse können natürlich nicht geduldet werden. Eine Zulage für die Beamten, die mit dem Etat nicht in Einklang steht, ist in Preußen nicht erfolgt. Aber in der Fürsorge für die Polizeibeamten lassen sich und meine Mitarbeiter uns vor niemandem übertreffen. Der Polizeioffiziersvereinigung ist nahegelegt worden, daß die Einrichtung eines Ehrengerichts nicht geduldet werden kann. Hoffentlich bin ich nicht zum Einschreiten genötigt. Die Satzungen des Johanniterordens allein tun es nicht. Ich bin der letzte, der monarchistische Bestrebungen unterstützt, aber wo sie gefährlich sind, schreite ich

verschiedenen Landesindizes herauszuarbeiten, der als Grundlage für die Mindestlöhne in den verschiedenen Ländern zu gelten hat. Es soll dadurch vermieden werden, daß die Arbeiter des einen Landes relativ schlechter bezahlt werden als die eines anderen und ein Lohndruck umwägig gemacht wird.

Im Anschluß an den Vortrag Coudenhove-Calergis versuchte Prof. Vermeil von der Universität Straßburg, die Frage zu beantworten, ob es möglich sei, Pan-Europa mit Ausschluß eines Landes zu gründen. Er erklärte, daß die beschränkte französische militärische Hegemonie nicht besser zu bekämpfen wäre, als durch Einbeziehung Englands. Der Wiener Soziologe Rudolf Goldscheid führte aus, daß es der Gegenstand einer einzuberufenden Konferenz sein müsse, ob England in den paneuropäischen Staatenbund einzubeziehen wäre. Scharle kritisierte läßt H. von Gerlach, der unter dem Fischen der Versammlungsteilnehmer die Formel fand,

Pan-Europa sei konstruiert, aber nicht erdgewachsen.

Georg Bernhard betonte, daß sich Coudenhove-Calergi nicht gegen England gestellt hätte, sondern nur behauptet, daß die wirtschaftlichen Interessen dieses Staates mit ihrem Schwergewicht außerhalb Europas lägen. Diese Frage sei durchaus diskutabel. Das sei das Große an der Idee Coudenhoves, der auch diejenigen Gegner der

dogmen ein. Bei Satzungen der Kartellvereinigungen ist auch Ritterkrieg usw. vorgelesen.

Ich habe nur zu untersuchen, inwieweit sich die Satzungen des Johanniterordens von den Satzungen der Kartellvereinigungen unterscheiden. (Heiterkeit.)

Preussische Beamte dürfen nicht in Situationen gedrückt werden, doch ihnen daraus die Unterstützung monarchistischer Bestrebungen nachgelassen werden können. Ein deutscher Kommunist mag keinen Landtag leiden, aber die „Großen Anfragen“ hat er gern. (Heiterkeit.) Der Vorwurf, ich unterhielte eine Mörderzentrale in meinem Ministerium, ist so unangebracht, daß es sich nicht lohnt, darauf einzugehen. Doch Herr Oberregierungsrat Schömer früher Staatsanwalt gewesen ist und dabei in die fatale Lage gekommen ist, in der Suche der Erziehung Dorrenbachs Jungen zu vernehmen, berechtigt doch nicht, ihn als Angehörigen einer Mörderzentrale zu bezeichnen. Das Vorgehen der Polizei bei der Ueberwachung von Versammlungen bedeute ich. Aber die Handlungswelt des Regierungspräsidenten von Stralsund bezüglich der Versammlung in Greifswald kann ich nicht als richtig bezeichnen. Die Schuppel hat bei jener Gelegenheit keine Pflicht getan.

Vizepräsident Garnich stellt fest, daß er gestern als Präsident nicht gehört habe, ob Abg. Dr. Meyer-Ostpreußen (Komm.) vor einer Mörderzentrale im Ministerium des Innern gesprochen hat. Hätte er den Ausdruck gehört, so hätte er den Abg. Dr. Meyer zur Ordnung gerufen. Er werde aus dem Stenogramm den Sachverhalt feststellen lassen.

Abg. Barzenoff (Pole) beschwert sich über angebliche Unterdrückung der politischen Wahlpropaganda durch die Beamten des preussischen Innenministeriums.

Vizepräsident Dr. v. Arles ruft den Abg. Dr. Meyer wegen seiner getragenen Äußerung betreffend Bestehen einer Mörderzentrale im Innenministerium zur Ordnung.

Abg. Dr. Meyer-Ostpreußen (Komm.) weist darauf hin, daß der Nachmeister Lamisch, der Dorrenbach im Kriminalgericht erschossen hat, trotz dieser Mordtat zum Oberleutnant befördert worden sei.

Vizepräsident Dr. v. Arles weist diese Bemerkung als Beleidigung eines Beamten aufzufassende Äußerung zurück.

Abg. Kogg (Komm.) ruft: Einen Mörder darf man nicht als Mörder bezeichnen. (Er wird zur Ordnung gerufen.)

Eingegangen ist ein kommunistischer Antrag betr. Reorganisation des Berliner Straßenbahnwesens zwecks Verminderung und Befestigung der täglichen Straßenbahnglücksfälle.

Abg. Dahlem (Komm.) trägt eine Reihe einzelner Beschwerdefälle vor.

Innenminister Severing

stellt fest, daß der Abg. Dahlem selbst ausgeführt habe, daß Einzelfälle von Mißhandlungen durch die Schuppel nicht verallgemeinert werden dürfen. Ich verurteile die Mißhandlung mehrerer Gefangener durchaus. Das sind Freisinge. Aber gerade die Kommunisten haben am wenigsten Grund, sich darüber zu beschweren. (Wärm bei den Kommunisten.) Die Gerichtsverhandlungen in Düsseldorf verfolge ich sehr genau, und ich werde eventuell die erforderlichen Maßnahmen treffen. Infolge der überfüllten Neuaustellung der Polizeiformationen nach dem blutigen Sonntag in Düsseldorf waren Mißgriffe nicht zu vermeiden. Ich muß aber den Polizeibeamten, die damals Düsseldorf vor Unruhen auslöschten, den Dank der Staatsregierung aussprechen. In Fürstentwale, wohin Tausende von jungen Berliner Kommunisten gekommen waren, gegen die nur 1 1/2 hundertstellige Berliner Schuppel aufgebildet wurde, sind schon am frühen Morgen Polizisten mit dem Messer mißhandelt worden. Die Schuppel ist nicht etwa zum Schutze der Kapitalisten da, sondern zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung. Bei Lohnbewegungen hat die Schuppel keine Stellung für und wider zu nehmen; sie ist längst entsprechend instruiert. Wenn der Abg. Dahlem und sein Freund Meyer hier als Ankläger gegen Polizeispitze stehen, so reimt sich das nicht zusammen. Der Minister weist auf die heutige Veröffentlichung der Abteilung I A des Polizeipräsidenten über die

Entdeckung einer kommunistischen Passformular- und Stempel-Fälscherwerkstatt in Neudölln

hin. Meine Verfügung vom 24. Juli v. J. ist veranlaßt worden durch die kommunistischen bombastischen Drohungen, am 27. Juli auf die Straßen zu gehen, um zu zeigen, daß das Passformular auf dem Posten ist. Verzichteten Sie (zu den Kommunisten) auf Ihre Sprache in den Zeitungen, auf Ihre Drohungen. Zum Fall Haarmann muß ich mich angesichts des schwebenden Gerichtsverfahrens darauf beschränken, so zu antworten, daß keine Beeinträchtigung des Verfahrens stattfindet. Doch Haarmann mit Menschenfleisch gehandelt habe, daß er Beamte traktiert habe, ist bisher nicht bewiesen. Zur Amtsenthebung der Behördenleitung liegt kein Grund vor. Das Ausnahmestandes bediene ich mich, abgesehen von einigen Zeitungsberichten, überhaupt nicht. Die „Deutsche Tageszeitung“, die „Kreuzzeitung“ z. B. würden unter militärischer Zensur viel mehr verboten werden. Bei der Durchführung der russischen Handelsdelegation lag eine Verletzung der Beamten vor, sie ist aber nicht allzu schwer. Die Beamten sind aber nicht bestraft, sondern nur verwahrt und befreit worden.

Damit schließt die Aussprache.

Das Ministergehalt wird gegen Deutschnationalen und Kommunisten bewilligt. Es folgt dann die Einzelberatung. In der weiteren Aussprache teilt Ministerialrat Wegg mit, daß eine Novelle zum Polizeikassensgesetz bereits im Ausschuss behandelt werde.

Nach weiterer Aussprache, an der sich die Abgg. Dr. Meyer-Ostpreußen (Komm.) und Frau Wolfflein (Komm.) sowie Staatssekretär Kellner beteiligen, werden die Einnahmen erledigt.

Das Haus verläßt sich.

Donnerstag 11 Uhr: Weiterberatung.

Schluß 5 Uhr.

passifischen Gedankenwelt durch seine Theorie heranzuziehen versucht, die nicht durch moralische Forderungen, sondern nur durch praktische Möglichkeit zur Mitarbeit zu gewinnen sind. Professor Viktor Bosh stellte anschließend die Formel auf

Nicht Pan-Europa, sondern Pan-Völkerverbund.

Eine Abgrenzung Pan-Europas sei schon ethisch unhaltbar. Wir Sozialisten sind überzeugt, daß der wahre Frieden in der Welt erst eintreten wird, wenn die grandiose Anarchie der Weltwirtschaft endgültig beseitigt ist! (Sanganaltender Beifall.) Wir wollen nicht im gewaltigen Sinfoniekorchester der Menschheit nur auf ein Paar, sondern auf allen Instrumenten spielen! (Fortgesetzter Beifall.)

Im Schlußwort gab Coudenhove z. B. an, daß gegen Pan-Europa sich sehr viel sagen ließe. Es käme nur darauf an, ob die Vorteile oder Nachteile größer seien. Zur Grenzfrage bemerkt er, daß er niemals den Anschluß Englands oder Rußlands verlangt habe. Es handele sich lediglich um die Frage, ob England als Teil der paneuropäischen Union oder als selbständiger Kontinent anzuerkennen sei, während Rußland nur in den Völkerverbund eintreten könne, wenn es gewissermaßen als selbständiger Kontinent anerkannt werde und wenn es nicht befürchten brauche, daß Amerika in seine inneren Angelegenheiten selbständig eingreife. — Der 23. Weltfriedenskongreß fand damit seinen Abschluß.

